

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pf. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Bei ein Mann der Tat.

Noch ist es Tag,
Da rühre sich der Mann,
Die Nacht tritt ein,
Wo niemand wirken kann.
Goethe.

Auf Adlerschwingen stürmt die Zeit: es naht
Der Schnitter dir, der Tod, mit leisem Schmeicheln.
Dein Staub gehört dem Staub, dein bess'res Leben
Gott und der Welt, und beiden deine Tat.
Ihr Schuldner bist du längst, schon längst gewesen:
Was säumst du noch, dein altes Pfand zu lösen?
O Jüngling, eine Tat, so lang noch heiß
Und ehrerbietig deine Pulse schlagen:
Mann, eine Tat, ein frommes, frisches Wagen,
O, eine Tat noch vor dem Sterben, Greis!
Und kannst du nicht durch Denken oder Dichten
Auf deiner Bahn dein stolzes Mal errichten;
Und kannst du nicht mit Meißel oder Schwert
Für späte Enkel in die goldenen Schreien
Der Weltgeschichte deinen Namen schreiben:
Bescheide dich! Des Werks Verdienst und Wert
Wird nach des Mannes Sinn und Kraft gemessen:
Wer seinen Brüdern nützt, bleibt unvergessen,
Fr. Wily. Weber.

Standesbewußtsein und Standesdünkel.

(Schluß)

Nun bezeugt das Standesbewußtsein des Arbeiters aber nicht nur darin, daß er sich als Einzelner fühlt und mit den anderen Proletariern kämpfen will. In diesem Bewußtsein des Fehlenden tritt eine stolze Erkenntnis des Vorhandenen, d. h. der Arbeiter fühlt sich und seine Kollegen auch als Menschen des positiven Besitzes. Er schätzt, dank volkswirtschaftlicher Bildung und vorurteilsreicher sozialer Beurteilung, die Leistungen der menschlichen Arbeitskraft, die Bedeutung jenes Standes für die Produktion und damit die ganze Kulturmenscheit.

Sein Eigentum an gottegebener Kraft des Körpers und Fähigkeit des Geistes, an angeeigneter arbeitsteiliger und pflichtmäßiger Gewohnung an die disziplinierte Arbeit, seine rituelle Quantität als vertrauenswerter Kontrolleur der Maschinen, als verantwortlicher für die Sicherheit von Menschenleben und Vertrieß, all das behauptet er selbstbewußt als seinen Besitz. Sein ganzer Stand wird ihm durch das Wohngewissen dieser Fähigkeit und Gaben wertvoll und in dauernder Wechselwirkung mit der steigenden Wertung derselben liegt die Achtung, welche er seiner eigenen Persönlichkeit zollt. Die Standesbewußtsein des Arbeiters ist ein

doch im Grunde genommen für ihn objektives Selbstbewußtsein fast dasselbe, wie persönlich mitempfundenes Standesbewußtsein. Daß auch der aufgeklärte Arbeiter vom politischen Werte seines Standes eine Ahnung hat, sei zugegeben. Ein unwürdiges Selbstvertrauen ist ja meist mit dem Besitz von Körperkraft verbunden und die Heberzeugung trauer Pflichterfüllung gibt stets eine Art von Selbstzufriedenheit.

Vom wirklichen Kulturwert seiner und seiner Gesellen Leistung kann der Ungebildete, in sozialen Vorurteilen Befangene aber unmöglich eine Ahnung haben. Die gesellschaftliche Geringschätzung der menschlichen Arbeit hat sein gesundes Urteilen verwirrt; läßt sich einreden, daß der Arbeiterstand unter den übrigen Gesellschaftsständen stehe und was ihm täglich als sozialer Grundsatz der grenzenlosen Mehrheit in die Ohren klingt, das nimmt er schließlich gäubig an.

Dauernde Unterschätzung, Verkennung, ja Mißachtung seitens „höher“ stehender Personen, machen ihm am Ende das zur gewohnten Selbstverständlichkeit, wogegen sich zuerst sein natürliches, unverdorbenes Gerechtigkeitsgefühl auflehnte. Es bedarf schon einer großen Selbständigkeit des Denkens, um sich heute als Arbeiter den übrigen Ständen gleichberechtigt zur Seite zu stellen. Es ist ein Bruch mit sehr festgewurzelten Vorurteilen und ein solcher Bruch kann unmöglich rein gefühlsmäßig vollzogen werden, er muß ein Produkt verständnisvoller Arbeit, das Resultat tiefen Denkens und eifrigen Studierens sein.

Die Arbeiter mögen dies doch nie außer Acht lassen! Sie mögen sie vergessen, all jenen Geistesheroen Dank zu zollen, die sie durch das Labyrinth der Volkswirtschaftsentwicklung auf den Weg grundsätzlichen Erkennens geführt haben und ihnen die Perspektiven neuer sozialer Werte eröffneten. All unsere großen, klassischen Nationalökonomien haben in dieser Hinsicht unermeßliche Verdienste in dieser Aufklärung unserer Massen, der Bekämpfung sozialer Vorurteile und Irrtümer, der Hebung des Arbeiterstandes zum eignen Wertbewußtsein und zur allgemeineren Achtung.

Das Standesbewußtsein unserer Arbeiter hat heute positiv volkswirtschaftlichen und sozialethischen Inhalt und prächtig kann es sich bei vorgezeichneten, tüchtigen Arbeitern mit dem alten Berufsstolz paaren. Während das Standesbewußtsein mehr die volkswirtschaftliche, soziale und ethische Wertung der Funktionen des gesamten Proletariats betont, hebt der Berufsstolz die Leistungen einer bestimmten Arbeiterkategorie auf einem bestimmten Gewerbegebiet hervor. Jedenfalls ist dieser Berufsstolz, der im Mittelalter so herrliche Blüten zeitigte, mindestens in der Gesellschaft des Handwerks nie ganz erloschen. Er gewinnt aber ungemein an Tiefe und Kulturbedeutung, wenn er nicht mehr eine auf das Handwerk beschränkte Einzelercheinung ist, die zu zusammenhanglos mit dem Streben anderer Berufsgruppen bleibt und sogar leicht in Dünkel und Konkurrenzstreit mit ihm gerät. Als berufliche Spezialisierung eines allgemeinen Wertbewußtseins des ganzen Standes wird der Berufsstolz seiner Engherzigkeiten und Einseitigkeiten entkleidet; er ist nicht mehr das selbstgefällige Empfinden einiger Weniger, sondern das selbstbewußte Fühlen einer Arbeitergruppe, die sich mit dem Ganzen des Standes eins weiß, und ihre besten Kräfte aus dieser lebendigen Verbindung zieht.

Damit glauben wir schon angedeutet zu haben, wie sehr wahres, abgeklärtes Standesbewußtsein jedem Kleinlichen Berufsstolz widerstreben muß. Je mehr der Einzelne den Wert jener Gesamtheit schätzt, lernt, mit der auch er emporgestiegen wird und deren Erniedrigung auch die seinige ist, desto weniger kann er für ein kleines Häuflein von Menschen gesellschaftliche Sonderrechte verlangen. Selbst wenn seine eigene, erlangte Persönlichkeit zu diesem Häuflein gehört, muß er doch einsehen, daß ihre Privilegierung eine Zurückdrängung jenes ganzen Standes sein würde, mit dem er und die Seinen stehen und fallen.

Damit ist aber allerdings noch gar nichts gegen einen gewissen Standesdünkel gesagt, der zu den Jünglingskrankheiten unserer Arbeiterbewegung zu gehören scheint. Die Sozialdemokratie wäre dieser Seuche ja beinahe erlegen. Welche kindische Selbstüberschätzung kam nicht in ihrer Partei- und Gewerkschaftstaktik der ersten Jahrzehnte zum Ausdruck und wie manche einseitige Arbeiterbevorzugung steckt nicht offensichtlich und verborgen in ihrem bis heute beibehaltenen Programm! Die Gefahr der Selbstüberschätzung liegt ja auch erklärlicherweise bei Menschen, so nahe, welchen die gerechte, allgemeine Anerkennung versagt wird. Objektiv richtig, praktisch und sittlich ist eine Kraftüberschätzung damit aber noch lange nicht geworden.

Es ist und bleibt ein theoretischer Verstoß, eine praktische Torheit und eine Annäherung, wenn sich die Arbeiter einbilden, daß nur ihr Stand alleiniger Kul-

turträger sein könne, daß wahre Sittlichkeit, wahres Geistesstreben, wahre Produktivität und Gemeinnützigkeit nur vom Arbeiterstande ausgehen könne und daß alle übrigen Stände mehr oder weniger abgewirtschaftet haben und nur noch durch brutale Gewalt oder Dank der Volksdummheit ihre Existenz fristen können. Unausprechlich lächerlich ist es, wenn ein einzelner Arbeiter derartige Gedanken entwickelt, immerhin geht man über ihn so leicht zur Tagesordnung über, wie über jeden eingebildeten Pinzel, nur daß man ihm ein gewisses Bildungsmantel leichter nachweisen wird als einem Angehörigen der besser erzogenen Stände, der seine Einseitigkeit seiner verhüllen und seine Dünkelhaftigkeit in besserer Form vorbringen kann.

Tief bedauerlich, weil gemeinschädlich, ist es aber, wenn sich ganze Organisationen, ja ganze Richtungen, zu ähnlichen Selbstüberschätzungen hinreißen lassen. Damit werden sie in anderen Ständen den Eindruck erwecken, daß die Arbeiter mit ungebildeter Rohheit über Dinge urteilen wollen, die sie nicht verstehen, daß sie nicht Reformator, sondern Kulturvernichter seien, daß ihre Herrschaft den Sieg der Brutalität und Unbildung bedeute usw. Die Besten der Nation werden sie sich so leicht zu Feinden machen, die die Elendesten und Urteilslosen aber zu Nachläufern. In eignen Reihen wirkt eine derartige Pflege des Standesdünkels auf den Einzelnen zurück und macht aus ihm einen halbgebildeten, unerträglich anmaßenden, Kritiker, eine von jenen Schredensmännern der neuesten Zeit, die in jeder Versammlung und an jedem Bierisch zum Kult ihres erhabenen Ichs terrorisieren.

Christlichen Arbeitern dürfen solche Untugenden so wenig bewußt unterlaufen wie ihnen die Sünde der Selbstverkennung und Mißachtung der Arbeit zur Schuld fallen darf. Wahres Standesbewußtsein, frei von jeder Ueberspannung und gepaart mit persönlicher Bescheidenheit des Einzelnen bildet den festen Scaffen beruflicher Weiterbildung und materieller und sittlicher Hebung des ganzen Arbeiterstandes.

Unsere Bewegungen und Streiks im Jahre 1907.

In der Nummer 19 unseres Organs ist ein ausführlicher Bericht über die Kassenverhältnisse unseres Verbandes im Jahre 1907 gegeben. Gleichzeitig sind auch aus den angegebenen Zahlen die nötigen Schlussfolgerungen gezogen. Wer die Jahresabrechnung genau studiert und sich insbesondere die Ziffern der ausgezahlten Unterstützungen sowohl für Arbeitslose und Kranke als auch bei Streiks und Maßregelungen genauer ansieht, der wird finden, daß unser Verband auch im Unterstützungswesen es getrost mit allen anderen Verbänden aufnehmen kann. Das ist ganz besonders bei der Erwerbslosenunterstützung der Fall.

Nun ist aber unser Verband vornehmlich eine Organisation, die für ihre Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erringen will. So sehr auch manche Leute gerade besonderen Wert auf das Unterstützungswesen legen, so wenig ist unseren Mitgliedern mit den Unterstützungen — und mögen die auch noch so hohe sein — allein gedient. Die Unterstützungen sind für die Tage der Not der Arbeitslosigkeit und Krankheit da. Was aber muß es dem Arbeiter, wenn er zwar in diesen Tagen eine Unterstützung erhält, jedoch in regulären Zeiten kein Auskommen hat und sich vielleicht sogar mit seiner Familie kümmerlich durchschlagen muß. Eines teils hofft doch ein jeder, daß die guten Tage, in denen er gesund ist, und Arbeit hat, die Tage der Krankheit und Arbeitslosigkeit überwiegen. Und schließlich kann bei einem Verdienst, der einigermaßen ausreicht ist, auch vielleicht für Zeiten der Krankheit und Arbeitslosigkeit ein Notpfennig zurückgelegt werden, wenngleich davon ja heute in der großen Mehrheit der Fälle nur wenig die Rede sein kann, weil die Löhne meistens so bemessen sind, daß sie

...einmal hinreichend, dem Arbeiter die Unterhaltung seiner Familie zu ermöglichen. Umsonst ist aber Wert zu legen gerade auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Und darin tut unser Verband voll auf seine Pflicht, wie die nachstehenden Angaben für das Jahr 1907 wieder deutlich be-

weisen. In diesem Jahre hatte unser Verband eine ganze Reihe Bewegungen, Streiks und Ausperrungen mitzumachen. 147 mal war er an Bewegungen beteiligt gegenüber 137 mal im Jahre 1906. Von den 147 Bewegungen führten 39 zu Streiks. Die Streiks sind im vergangenen Jahre etwas zurückgegangen, während die Zahl der Bewegungen eine größere geworden ist. Man wird nicht sehen, wenn man dies zu einem Teile auf die wachsende Uebung unserer Kollegen in einem erfolgreichen friedlichen Verhandeln mit den Arbeitgebern zurückführt. Daß in friedlich-schiedlichen Unterhandlungen mit den Arbeitgebern Bedeutendes herausgeholt werden kann, mögen die unten noch näher betrachteten Erfolge unserer Bewegungen zeigen.

Bei der Streikstatistik unterscheidet man zwischen sog. Angriffstreiks und Abwehrstreiks. Die ersteren werden von den Arbeitern unternommen zum Zwecke der Verbesserung bestehender Verhältnisse, während sich bei den Abwehrstreiks die Arbeiter gegen eine Verschlechterung bestehender Verhältnisse wehren (Lohn-Reduzierungen, Verlängerung der Arbeitszeit usw.).

Unsere Streiks im vergangenen Jahre teilten sich wie folgt: Angriffstreiks 26 und Abwehrstreiks 13. Außerdem waren 10 Ausperrungen — gegen 7 im Jahre vorher — zu verzeichnen. An den Bewegungen waren beteiligt

Table with 3 columns: Category, Male, Female, Total. Rows include Lohnbewegungen, Angriffstreiks, Abwehrstreiks, Ausperrungen, and a total row.

Beachtenswert ist, daß neben einer Vermehrung der Zahl der Ausperrungen auch die Zahl der ausgesperrten Mitglieder gegen 1906 sich fast verdoppelt hat. Im Massenbericht mußte ja auch festgestellt werden, daß sich die Summe der Maßregelungen unterstützung mehr als verdoppelt hat. Dieht man dazu noch die weiter unten angeführte Dauer der Ausperrungen in Betracht, so läßt sich daraus schließen, wie maßregelungslos die Herren Arbeitgeber im Metallgewerbe sind. Auch die schreckliche Geschäftslage mag dazu beitragen, daß die organisierten Arbeitgeber leichter geneigt sind, die Arbeiter aus altnöthigen Gründen zu maßregeln, wohingegen in Zeiten guter Konjunktur der Arbeitgeber schon wegen der Erledigung der Aufträge und Bestellungen die Arbeitskräfte festzuhalten genötigt sind.

Von den Bewegungen führte der Verband allein 71, mit anderen Verbänden zusammen 76, während

in 86 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten unserem Verbands angehörten. Die entsprechenden Ziffern des Vorjahres sind 32, 105 und 42. Man steht bei der ungefähr gleichen Zahl der Bewegungen insgesamt (1907: 147 gegen 1906: 137) ein Steigen der Fälle, in denen der Verband die Bewegung allein führen konnte, ein Fallen der Ziffern der Bewegungen, die mit anderen Organisationen durchgeführt wurden und eine Verdoppelung der Fälle, in denen die Mehrzahl der Beteiligten unsere Mitglieder waren. Man ersieht daraus, daß unser Verband immer mehr seinen Einfluß auf die Bessergestaltung der Arbeits- und Existenzbedingungen seiner Mitglieder gewinnt. Auch unser Verband wird seinen Einfluß intensiver ausüben können bei einer Bewegung, bei der in der Mehrzahl christlich organisierte Leute in Frage kommen. Das mögen sich diejenigen Kollegen merken, die bisher noch immer eine rührige Mitarbeit in der Agitation vermissen lassen. Neben die Ursachen der Bewegungen gibt die nachstehende Aufstellung interessanten Aufschluß. Die Ursache war gegeben

Table comparing causes of strikes and expulsions in 1906 and 1907. Categories include higher wage demands, working time reduction, wage increase, and other reasons.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß es sich bei den 15 „in Abwehr gegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen“ geführten Streiks und Ausperrungen 13 mal um eine Lohnreduzierung handelte, die den Arbeitern Anlaß zur Gegenwehr gab. Bei 34 von insgesamt 49 Streiks und Ausperrungen spielte also die Lohnfrage die Hauptrolle, ein Maßstab, wie die „teuren Zeiten“ und schon der Anfang der hereinbrechenden Krise auf die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft einwirkten.

Die Einwirkungen der Krise zeigen sich ja auch insbesondere bei der Verschiebung der Ursachen der Streiks usw.; waren es doch trotz der geringeren Gesamtzahl der Streiks wegen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen um 66% mehr. In Zeiten schlechter Konjunktur versuchen eben manche Arbeitgeber einen Teil der Folgen des schlechten Geschäftsganges auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, während sie den Arbeiter in guten Zeiten wenig von dem guten Geschäftsgange und den erzielten Mehrerträgen merken lassen.

Was die Dauer der Streiks und Ausperrungen angeht, so wurden beendet

Table showing success rates of strikes and expulsions by week. Columns: in der, erfolgreich, teilweise erfolgreich, erfolglos, zusammen.

Die Ergebnisse der Streiks und Ausperrungen sind im nachfolgendem veranschaulicht

Summary table of strike and expulsion results. Rows: Angriffstreiks, Abwehrstreiks, Ausperrungen, and a total row.

Während im Jahre 1906 mit etwas mehr als ein Sechstel der Streiks zu einem vollen Erfolg geführt werden konnte, gelang es in diesem Jahr ein Drittel der Streiks vollständig erfolgreich durchzuführen. Die völlig erfolglosen Streiks haben sich im Jahre 1907 gegen das Vorjahr vermindert, da 1907 nur etwa zwei Dreizehntel gegen im Vorjah drei Fünftel betragen. Von den Ausperrungen liegen auch diesmal die Mehrzahl zu unseren Ungunsten aus.

Der Ausgang der Streikbewegungen ist umso erfreulicher, als die Erfolge, welche durch dieselben errungen wurden, sich unbedingt sehen lassen können. So wurden beispielsweise Lohn erhöhungen erreicht

Table showing wage increases for different groups. Columns: Group, Amount, Number of participants.

Rechnet man diese Lohn erhöhungen nur für die Dauer eines Jahres aus, dann kommt man diese Ziffer zu einer Gesamtloohnerhöhung im Betrage von rund Mk. 361 500.— gleich. Auf den Kopf des Beteiligten würde dies etwa Mk. 15.— pro Jahr ausmachen.

Table showing working hours for different groups. Columns: Group, Hours, Number of participants.

Ein Streik aus alter Zeit.

Das Aufkommen der Massenstreiks als einer charakteristischen Begleiterscheinung der modernen Wirtschaftsentwicklung verleiht oft zu der Annahme, als handelte es sich dabei um eine durchaus neuartige Form des Arbeitskampfes. So allgemein gefaßt wäre diese Meinung freilich eine irrige. Lokale und territoriale Branchenstreiks hat es immer gegeben, wenn auch in früherer Zeit naturgemäß nie so große Massen von Ausständigen in Betracht kommen konnten wie heute. Aber an Heftigkeit und Wirkungsweite standen sie denen der Gegenwart keinesfalls nach. Eher ließe sich das Entgegengesetzte behaupten. Die interlokale Gesellenorganisation bot, zumal in Deutschland, allen Auslandsbewegungen einen kräftigen Rückhalt dar. Ereignisse sich an irgend einem Orte eine Ungebühr, die nur durch die ArbeitsEinstellung der Betroffenen gehöhnt werden konnte, dann flogen sogleich Rundschreiben von Stadt zu Stadt, worin die Verursachenden zur Solidarität ermahnt und alle Widersprechenden mit Vergeltungsmaßregeln der härtesten Art bedroht wurden.

Wie in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein war die Organisation des Gesellenstandes allen behördlichen Verfügungen so gut wie gewachsen, und es gab Ausstände, wie der Tuchmacherausstand zu Lissa in Posen (1723) oder der kurz nachher ausgebrochene Streik der Augsburger Schreiner, die nicht nur die lokalen und territorialen, sondern sogar die Reichsbehörden (abzulang in Atem hielten.

Ein Streik, der wegen der originellen und energiegelichen Art seiner Durchführung für die ehemalige Form ausländischer Bewegungen besonders charakteristisch ist, ereignete sich im Jahre 1722 zu Reichenberg. Die dortigen Leinwebergezellen hatten, gleich den sächsischen, unter allen Hilfsarbeitern der Stadt zuerst die Anerkennung ihrer Bruderschaft durch die Meisterzunft erlangt und waren zu einem erheblichen Grade von sozialer Selbstständigkeit gelangt. Dies blieb nicht ohne Einfluß auf das Arbeitsverhältnis. Die Arbeitsplätze wurden häuflerweise, die Klagen gegen die Meister

mehten sich. Lästige Ueberwachungsmaßregeln von Seiten der Meisterzunft, die nicht nur zwei „Aelteste“ zu den regelmäßigen Versammlungen der Gesellen entsandten, sondern sogar deren geheime Zusammenkünfte durch den Herbergsvater ausplonierten, brachten das Faß zum Ueberlaufen.

Am 1. August 1722 kam es zu einer förmlichen Revolte. Die Gesellen drangen ins Meisterhaus ein, forderten die Entfernung des bisherigen „Vaters“ und die Einsetzung neuer „Aeltester“. Die Meister blieben fest. Die Folge davon war ein regelrechter Streik, und zwar ein mit Gewalttätigkeit komplizierter Streik.

200 Leinwebergezellen brachen am 17. August frühmorgens ins Meisterhaus ein, holten sich ihre Lade samt allen darin befindlichen Schriften und Geldern heraus und flohen damit ins Gebirge. Als man nach 14 Tagen verlor, sie mit Gewalt zurückzuholen, wichen sie noch weiter zurück. 8 Tage später entschloß sich endlich die Obrigkeit zu einer militärischen Intervention. Eine Eskadron Husaren brach unter dem Kommando eines Rittmeisters am 8. Oktober von Reichenberg auf. Als die Gesellen davon hörten, zerbrachen sie die Lade, nahmen die Schlüssel, das Geld, die Privilegien und die übrigen Schriften an sich und flohen über die böhmische Grenze nach Sachsen. Nur 16, die nicht genug flink mittaten, konnten dingfest gemacht werden. Man band sie mit Stricken und expedierte sie auf Leiterwagen nach Reichenberg zurück, wo man sie aber wieder entließ, da sie sich nicht im Besitz der geraubten „Privilegien“ befanden, die man zur Errichtung einer neuen Gesellenbruderschaft unbedingt brauchte.

Inzwischen waren die Gesellen bis nach Sursersdorf bei Ostriß gekommen, wo sie ein Jahr lang blieben. Umsonst waren die Versuche der Meister, sie durch Geldandbieten und durch Angebotsung völliger Straflosigkeit zur Rückkehr oder wenigstens zur Rückgabe der Privilegien zu bewegen. Die Gesellen beharrten auf ihren Forderungen. Sie verantraten einen neuen Herbergsvater, neue „Aelteste“, unbedingte Straflosigkeit und für jeden einzelnen Arbeitsplatz; erst wenn die Forderungen erfüllt wären, wollten sie wieder an die Heimkehr denken.

Die Lage der Meister war derart, daß sie gezwungen waren, klein beigugeben. Ihre Industrie stand vor dem völligen Ruin. Es fanden sich keine Gesellen, die bereit gewesen wären, ohne Privilegien eine neue Gesellenzunft zu bilden; die zurückgebliebenen Streikbrecher aber reichten zur Bewältigung der Arbeit nicht hin. In feierlicher Volksversammlung wurden die Bedingungen der Streikenden unterdrieben. Diese marschierten alsbald über die Grenze zurück, machten aber in der Nähe der Stadt, auf dem sogenannten „Galgenberg“, Halt und schickten zunächst, um sich die ehrlchen Friedensabsichten des Gegenparts zu vergewissern, zwei Parlamentäre in die Stadt mit der Forderung: die Meister mögen herauskommen, um die Heimgekehrten zu begrüßen; dann wären sie geneigt, die Stadt wieder zu betreten. Den Meistern aber blieb nichts übrig, als in den sauren Apfel zu beißen.

Es war ein seltsamer Zug, der sich am 29. August 1723 von Reichenberg her nach dem Galgenberge bewegte. An der Spitze die vier Aeltesten und hinter ihnen die ganze ehrenwerte Leinweberkunft, eine wunderschöne neue Gesellenlade vor sich hertragend. Feierliche Begrüßung, bitt rücker Redeauslausch über das freudige Wiedersehen — und unter Sang und Klang marschierte die gesamte Leinenindustrie Reichenbergs in brüderlicher Eintracht in die Stadt zurück. Der Pakt wurde ehrlich gehalten, ja man gestattete den Gesellen sogar noch obenbein die Bekräftigung der Streikbrecher nach dem herkömmlichen Gesellenrecht.

Auf der Stelle des Galgenbergs aber, wo die Wiedervereinigung der beiden Teile stattgefunden hatte, mußte natürlich eine Gedächtnisstatue errichtet werden. Daß man niemand Andern fand, dem man sie widmen konnte, als den heiligen Johann von Nepomuk, mag mit den Besonderheiten der böhmischen Mythologie zusammenhängen. Die Ansprüche der siegreichen Gesellen steigerten sich ins Ungemessene. Durch die mehr als einjährige Betriebsstörung aber war der Reichenberger Leinenindustrie ein Schaden zugefügt worden von dem sie sich überhaupt nicht mehr erholt hat.

Wollte man auch die Arbeitszeitverkürzungen in ihrem Gesamtbetrage für ein Jahr ausrechnen, so ergäbe sich eine Verkürzung um rund 297 650 Stunden oder etwa 4 1/2 Stunde pro Woche und Kopf des Beteiligten. Die in 41 Fällen teils gleichzeitig mit einer Lohnerhöhung oder einer Arbeitszeitverkürzung erzielten Erfolge anderer Art hier aufzuführen, ginge zu weit. Erwähnt sei jedoch, daß 13 Bewegungen zum Abschluß von Tarifverträgen führten.

Die angeführten Ziffern geben ein Bild vorstellig und eben darum erfolgreicher Streikaktivität. Es ist leicht aus geringfügigen Ursachen heraus eine Bewegung oder gar einen Streit zu führen; aber bei berechtigten Anlässen, die Rechte des Arbeitstandes zu wahren und auch gegebenenfalls durch einen Streik Verbesserungen für die Arbeiterschaft zu erreichen, kann nur unter genauer Abwägung aller Momente und bei größter Vorsicht gelingen. Daß es unserem Verbands gelingen ist, auch im verflossenen Jahre für seine Mitglieder ins Gewicht fallende Verbesserungen herauszuschlagen, mag jedem Metallarbeiter ein Beweis dafür sein, daß er unserem Verbande vertrauensvoll die Vertretung seiner Interessen in die Hände legen darf. Wer sich dann auch die Erfolge in ihrer Bedeutung für unseren Stand vor Augen führt, der muß klar erkennen, daß die gewerkschaftliche Arbeit mühsam und auch für die wirtschaftliche Besserstellung d. s. Arbeiter, andes von innerer Tragweite ist. Mögen sich das alle Kollegen fest ins Gedächtnis prägen und möchten sie das doch ihren indifferenten Arbeitskollegen immer aufs Neue an Hand unserer Erfolge predigen. Diese Erfolge sind mit schweren Opfern errungen worden. Solen die Opfer nicht nutzlos gebracht sein, dann gilt es festhalten, treu und tapfer im Ver. ande ansharren. Das ist gerade jetzt in der wirtschaftlich schwierigen Zeit notwendig. Und vor allem wichtig ist, daß alle Kollegen mitarbeiten, daß alle agittieren, daß ein jeder bemüht ist, dem Verbands immer mehr Mitstreiter zuzuführen. Die Arbeit ist nicht vergeblich und der Lohn der Arbeit kommt jedem unserer Kollegen selber zu gute. M. S. H. R.

Die preussische Gewerbeinspektion im Jahre 1907.

In einem stattlichen Band von 820 Seiten Umfang sind der Öffentlichkeit soeben die Berichte der Gewerbeinspektion in Preußen für das Jahr 1907 zugänglich gemacht worden. Das „Zentralblatt“, Nr. 10, macht daraus folgende allgemein interessierende Mitteilungen:

Zu Beginn des Berichtsjahres stand die wirtschaftliche Lage der preussischen Industrie im Zeichen der Hochkonjunktur. Ueberall war eine rege und angespannte Tätigkeit zu verfolgen. Nachdem aber im März die bekannten Vorgänge auf dem amerikanischen Geldmarkt einsetzten und die Rückwirkung auf die europäischen Börsen eine naturgemäße Folge war, wurde auch sehr bald die Industrie in Mitleidenenschaft gezogen. Der hohe Zinsfuß wirkte in Preußen in erster Linie lähmend auf das Baugewerbe und die zahlreichen, demselben nahestehenden Betriebe, wie Bautischlereien, Schlossereien, Gelbgießereien, Klempnereien usw. Auch in der Eisen- und Maschinenindustrie, wie in den Industriezweigen, die große Kapitalien auf längere Zeit in Rohstoffen festlegen müssen, machte sich ein bedeutender Rückgang bemerkbar. So standen am Schlusse des Berichtsjahres die wichtigsten Industriezweige unter dem Zeichen der Betriebs Einschränkung, Entlegung von Feierschichten, Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen.

Die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter in Preußen ist im Berichtsjahre wieder enorm gestiegen. Sie betrug insgesamt 3 069 498. Ein Vergleich mit den letzten Jahren, ferner die Verteilung dieser Arbeitskräfte ergibt folgendes Bild. Es waren vor-

Jahr	männliche Arbeiter	Arbeiterinnen (14-16 J.)	Kinder u. 14 J.	Zusammen
1905	2 124 960	509 962	201 651	2 836 573
1906	2 228 613	538 310	216 904	2 983 827
1907	2 277 642	563 100	225 696	3 066 438

Im Vergleich zum vorigen Berichtsjahre ist also die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter gestiegen um rund 49 000, die der weiblichen um rund 25 000, die der jugendlichen um rund 9000 und die der Kinder um 714.

Die Zahl der Fabriken und der diesen gleich gestellten Anlagen, die der Gewerbeinspektion unterstehen, betrug 141 999 gegen 135 369 im Jahre 1906 und 129 823 im Jahre 1905, somit gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 6630. Die Zahl der gewerblichen Betriebe, die nicht zu den Fabriken gerechnet werden, aber dennoch auf Grund von Bundesratsverordnungen der Gewerbeaufsicht unterstehen, betrug 47 150 gegen 49 759 im Jahre 1905 und 38 781 im Jahre 1906.

Die Verteilung der gewerblichen Anlagen, die der Gewerbeinspektion unterstehen, der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der jugendlichen Arbeiter und Kinder männlichen und weiblichen Geschlechts auf die einzelnen Industriegruppen und die Zu- resp. Abnahme gegen das Jahr 1906 ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Anzahl der	Anlagen		Arbeiter		Kinder	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	unter 14 Jahren	über 14 Jahren
Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen	709	8	217 461	11 808	20	5
Nahrungs- und Genussmittel-Industrie	15 906	157	333 997	4 990	282	114
Industrie der Steine und Erden	10 800	803	238 945	7 665	409	29
Industrie der Holz- und Schnitzstoffindustrie	8 314	553	450 879	9 118	231	71
Industrie der Textilindustrie	1 567	56	74 383	3 117	35	1
Industrie der Metallverarbeitung	2 131	82	89 167	14 450	72	18
Industrie der Eisen- und Stahlindustrie	6 722	38	174 919	13 664	84	225
Industrie der Maschinen- und Apparateindustrie	1 891	69	74 106	11 777	138	51
Industrie der chemischen Industrie	1 424	20	38 926	10 221	72	12
Industrie der Papierindustrie	14 989	970	189 087	7 201	100	99
Industrie der Holz- und Schnitzstoffindustrie	43 351	3153	244 258	8 118	391	121
Industrie der Nahrungs- u. Genussmittel-Industrie	27 086	742	47 555	4 440	233	15
Baugewerbe	2 885	136	64 046	1 143	10	11
Poligraphisches Gewerbe	3 926	227	53 433	2 508	133	16
Poligraphische Industrie	189	11	3 484	1 376	—	—

Die Revisionsleistung der Gewerbeinspektoren und Bergwerksbeamten hat im Berichtsjahre ebenfalls eine Steigerung erfahren. In den Fabriken und den diesen gleichwertigen Anlagen, in den Bergwerken, Salinen wurden 148 920 Revisionen gegen 140 845 im Jahre 1906 vorgenommen. Davon 2245 bei Nacht und 4521 an Sonn- und Festtagen. Zweimal wurden 11 513, drei- und mehrmal 6980 gewerbliche Anlagen revidiert. Die Zahl der revidierten Fabriken z. B. belief sich auf 69 811 oder 49,2 Prozent der vorhandenen Betriebe. Die Inspektion umfaßte aber 2 526 211 oder 82,3 Proz. der vorhandenen Arbeiter. Hier von waren 1 898 480 erwachsene Arbeiter, 445 956 Arbeiterinnen, 179 211 jugendliche Arbeiter und 2505 Kinder. Die Revisionen verteilen sich in der Hauptsache wie folgt:

Bergbau, Hütten und Salinenwesen	42 179
Nahrungs- und Genussmittel-Industrie	20 687
Industrie der Steine und Erden	14 026
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	11 437
Holz- und Schnitzstoffindustrie	11 325
Maschinenindustrie	8 831
Metallverarbeitung	8 796
Textilindustrie	6 027
Poligraphische Gewerbe	4 086
Chemische Industrie	2 808
Baugewerbe	2 315
Industrie der Leuchtstoffe Seifen, Öle etc.	2 210

Von den 47 150 nicht fabrikmäßigen Betrieben, die der Gewerbeinspektion unterstehen, wurden 9953 mit 22 617 Arbeitern revidiert.

Zu widerhandlungen gegen die Gesetze und Verordnungen zum Schutze jugendlicher Arbeiter wurden im Berichtsjahre 7052 festgestellt gegen 7551 im vorhergehenden Jahre. Die Zahl ist also bedeutend gesunken. Es wurden 231 Fälle geschnidriger Beschäftigung von Kindern und 1376 Verstöße gegen die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit jugendlicher Personen festgestellt. — Zu widerhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden 3911 gegen 3569 im vorhergehenden Jahre festgestellt. Die meisten Verstöße (auch bei den jugendlichen Arbeiterinnen) entfallen auf die Kleider- und Wäschekonfektion, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, Industrie der Nahrungs- und Genussmittel sowie Ziegeleien.

Die Zahl der Betriebsunfälle ist zwar absolut gestiegen, hat jedoch im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte in den letzten Jahren eine ständige Abnahme erfahren. Im Berichtsjahre ereigneten sich 18 896 Betriebsunfälle. Auf 1000 Arbeiter entfielen im Jahre 1905 64, im Jahre 1906 60 und im Jahre 1907 58 Unfälle. Die Zahl der tödlichen Unfälle betrug 50 gegenüber 53 im Vorjahre,

schwere Unfälle ereigneten sich 328 gegen 326 im Vorjahre.

Sobiel über das vorliegende Material für heute. Auf andere Seiten der Berichte einzugehen wird sich noch Gelegenheit bieten.

Konferenz des Agitationsbezirks Aachen.

Am Sonntag, den 17. Mai fand unsere diesjährige Bezirkskonferenz im Aachener Gesellschaftshaus statt, welche von allen Ortsgruppen ohne Ausnahme besucht war. Unser Zentral-Vorsitzender, Kollege Zieher und Kassierer Herzog waren ebenfalls erschienen. Aus dem erstatteten Jahres- und Kassienbericht ist zu entnehmen: Die heutige

wirtschaftliche Lage
in der Metallindustrie des Aachener Bezirks ist eine schlechte: Feierschichten, verkürzte Arbeitszeit, Lohn- und Akkordreduzierungen sind an der Tagesordnung, dazu kommt noch die chikanöse Behandlung durch manche Meister und Angestellten. Jetzt sind die Kollegen am besten dran, welche sich bei Zeiten der Organisation angeschlossen haben. Gerade die Arbeitslosigkeit ist mit Schuld daran, daß bei der schlechten Konjunktur die Löhne herunterstinken. Dann sind es wieder die Unorganisierten, welche in erster Linie mit dazu beitragen, wogegen die organisierten Kollegen durch die Unterstützung mehr davon abgehalten werden, zu billigeren Löhnen sich anzubieten.

Die schlechte Konjunktur erstreckt sich aber nicht nur auf einzelne Berufe in der Metallindustrie, sondern fast auf alle. In der Nadelindustrie sind gegen das Vorjahr 257 Personen mehr beschäftigt, dagegen haben Arbeitszeitverkürzungen und Feierschichten zu genommen. Auf dem Hüttenwerk Rote Erde haben ebenfalls die Feierschichten und Entlassungen einen großen Umfang angenommen. Die Betriebskrankenkasse des Hüttenwerks Rote Erde wies im vorigen Jahre einen Mitgliederbestand von über 4200, heute dagegen nur noch 3500 auf; mithin sind in den letzten Monaten über 700 Arbeiter abgelegt worden.

Die elektrischen Werke, sowie die Motor- und Motortorjehrsfabriken haben ebenfalls unter der schlechten Konjunktur zu leiden, auch dort haben zahlreiche Entlassungen stattgefunden. In der Maschinenbauindustrie hat die Arbeit am besten Stand gehalten, wenn auch dort keine dringenden Aufträge vorliegen. Auch die chemische, Blei- und Zinnindustrie ist noch mit Aufträgen versehen; Entlassungen haben hier noch keine stattgefunden.

Die Mitgliederzahl

ist auch im verflossenen Geschäftsjahre gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, wie wohl zu erwarten gewesen wäre. Die Gesamtzahl der verkauften Marken im Bezirk betrug 175 772. Jedes Mitglied bezahlte durchschnittlich 47,8 Beitragsmarken. Die Gesamteinnahmen betrugen 81 244,55 Mark. Den Ortsgruppen verblieben an 15% der Wochenbeiträge 11 734,74 Mark. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden 15 272,98 Mark ausgezahlt. An die Hauptkasse wurden 56 434,06 Mark gezahlt, an die Bezirkskasse 5868,32 Mk. An Lokalbeiträgen gingen 12 698,30 Mark ein. Der Bestand der Lokalkassen betrug am 31. Dezember 1907 12 826,75 Mk.

Die Bilanz der Bezirkskasse

weist folgende Zahlen in Einnahmen und Ausgaben auf:

1. Einnahmen	
An Kassenbestand am 1. Januar	1110,27 Mk.
An 7 1/2 % der Wochenbeiträge	5868,32 Mk.
Summa 6978,59 Mk.	
2. Ausgaben:	
Gehalt für die Beamten	3874,00 Mk.
Agitation der Beamten und Hilfskräfte	1171,75 "
Porto, Drucksachen, Schreibmaterial	533,18 "
Zeitungen und Bibliothek	121,59 "
Inventar für Bureau	44,75 "
Miete für Bureau	264,00 "
Allgemeine Unkosten	335,23 "
Summa 6344,50 Mk.	

Einnahmen 6978,59 Mk.
Ausgaben 6344,50 Mk.
Kassenbestand 634,09 Mk.

An Lohnbewegungen

hat es im verflossenen Geschäftsjahre nicht gefehlt. Dieselben sind erfreulicherweise ohne Streit erledigt worden. Bei der Firma Seiler in Aachen-Burtscheid hatten wir 2 Bewegungen, wodurch jedem der beteiligten Kollegen eine Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche zuteil wurde. In den Rheinischen Nadelabriken bestand ein altes System, wonach den Arbeitern und Arbeiterinnen 5 Proz. vom verdienten Lohn abgehalten wurde. Gegen dieses System wurde Fornt gemacht und sämtlichen Beschäftigten der verdiente Lohn ganz ausgezahlt. Auf dem Hüttenwerk Rote Erde war unser Verband in verschiedene Abteilungen an Bewegungen beteiligt. Alle endeten mit einem Erfolg, sodas wir eine Lohnerhöhung bis zu 80 Pfg. pro Schicht zu verzeichnen hatten. Bei der Firma Reije, Nadelabrik

Wollten wir ebenfalls einen Erfolg zu erreichen. Bei der Firma Erkens, Maschinenfabrik, hatten die Former eine Lohnerhöhung bis zu 35 Pfennig pro Schicht. Wir hatten ebenfalls Erfolg auf der Rühlhütte in Stolberg. Bei der Firma Kufferath brachten wir einen Tarif durch. Auch im Gladbacher Bezirk waren wir an Bewegungen beteiligt. Besonders sei hier hervorgehoben der Tarifabschluß der Elektromonteur in Arelfeld.

An diesen Bewegungen waren insgesamt von unserem Verbands 978 Mitgl. der mit einer Lohnerhöhung von 64 268 M. beteiligt. Das musterhafte Verhalten der Mitglieder bei den Demonstrationen verdient hier hervorgehoben zu werden, ein Beweis, daß wir mit einem gut geschulten Stamm von Mitgliedern zu rechnen haben.

Aber trotz dieser Erfolge, welche ohne Streiks erledigt wurden, können wir im allgemeinen auf eine erhebliche Vermehrung der Mitgliederzahl nicht zurückblicken. Dieses dürfte wohl zum Teil darin seinen Grund haben, daß schon in der Hälfte des Jahres, besonders in den Webfabriken, die schlechte Konjunktur einsetzte. Aber nicht allein diese, sondern auch die anderen Fabriken hatten darunter zu leiden, und eine größere Anzahl Arbeiter mußten auswärts Arbeit suchen. Fortschritte haben wir zu verzeichnen in Stolberg, Düren und auch in Eschweiler. Der engere Nachener Bezirk hat nur ganz unmerkliche Fortschritte gemacht, ebenfalls der Bezirk Gladbach.

Kollegen, das darf uns nicht entmutigen, im Gegenteil, muß uns noch mehr anspornen, mit freierem Mutte an die Arbeit zu gehen. Es geht voran, aber es muß noch bedeutend besser werden. An der nötigen

Agitation

Hat es nicht gefehlt; dieselbe hätte aber besser sein können, wenn der Kollege Schümmer nicht von Zentralvorstand abberufen worden wäre. Es kommt allerdings sehr viel darauf an, wie die Agitation betrieben wird. An der nötigen Kleinarbeit hat es an verschiedenen Orten gefehlt. Da wo eine gut vorbereitete Hausagitation abgehalten wurde, waren auch Erfolge zu verzeichnen. Es muß jedoch auch erwähnt werden, daß verschiedene Orten nicht zu bewegen sind, an eine Hausagitation heranzutreten.

Der Besuch der Versammlungen war in verschiedenen Ortsgruppen zufriedenstellend, ließ in einigen aber auch sehr viel zu wünschen übrig. Es muß uns besonders verfehlt bezeichnet werden, daß aus ganz geringfügigen Anlässen die Monatsversammlungen ausfallen. Die Vorbereitungen zu denselben werden nicht überall mit der nötigen Sorgfalt getroffen, welche unbedingt notwendig wäre. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, daß es Ortsgruppenvorstände gibt, welche nicht zu bewegen sind, aus der Lokalkasse etwas für Agitation zu verwenden, es sei denn, daß sie ganz sicher Erfolge haben. Wer aber kann dieses im voraus wissen. An öffentlichen Versammlungen waren im Bezirk 46, an Mitgliederversammlungen 412, Vorstand- und Vertrauensmänner-sitzungen 576 und Werkstatzbesprechungen 232 zu verzeichnen, welche zum größten Teil von den Beamten besucht wurden.

Die Bureaukratie

gestaltete sich äußerst rege. Es wurden 427 Postkarten, 442 Briefe, 173 Druckfachen und 14 Pakete versandt. Die eingelaufenen Briefe und Postkarten übersteigen die Zahl der ausgehenden bedeutend. Der Arbeitsnachweis wurde stark in Anspruch genommen, leider konnte wegen der schlechten Konjunktur nur wenigen Kollegen Arbeit nachgewiesen werden. Auf einen Fehler, der von den meisten Kollegen gemacht wird, sei hier nachdrücklich hingewiesen. Trotz des wiederholten Hinweises kommen die Kollegen nur dann aufs Bureau, wenn sie schon ihre Arbeitsstelle verlassen haben. Meldungen, wo eine Stelle zu besetzen ist, werden sehr selten gemacht, daher ist es sehr zu begreifen, daß freiverworbene Stellen nicht von unseren Mitgliedern, sondern von unserer Gegnern besetzt werden. Auf dieser Seite hin müssen unsere Mitglieder mehr instruiert werden. — Auch der allgemeinen

Bildung und Aufklärung

wurde Rechnung getragen durch Vorträge und Referate über die sozialpolitische Gesetzgebung und die einschlägigen Tagesfragen; Vorträge über die Lage der Hütten- und Walzwerkarbeiter wurden mit großem Interesse entgegen genommen. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde den sozialen Wahlen (Kantonsklassen-, Gewerbezugs- und Arbeiterwahlen usw.) zugewandt. Die hiesigen Wahlen haben alle mit einem hohen Siege unsererseits geendet. Auch über die gelbe Gefahr wurden die Kollegen unterrichtet. Sie beteiligten sich sehr zahlreich an den eigens dazu einberufenen Versammlungen. Soweit sich übersehen läßt, wurden für 728 Markt Bücher und Broschüren unter die Mitglieder gebracht, welche Zahl noch bedeutend höher zu berechnen ist. Auch die Ortsgruppen noch selbstständig Bücher bezogen haben.

Im allgemeinen zeigt der Bericht, daß im vergangenen Geschäftsjahre vieles geleistet wurde, die

Mitgliederzahl ist gestiegen, die Einnahmen haben sich verbessert, die durchschnittliche Beitragszahlung hat sich gehoben, darum lassen wir alle unsere Kräfte anspannen, denn wie es in diesem Jahre noch besser gehen.

An diesen Bericht schloß sich eine äußerst lebhaft Diskussion. Zunächst ging unser Zentralvorstand wieder auf die verschiedenen Punkte ein und wies den Vorkommnissen in der früheren Ortsgruppe Nachen I besondere Aufmerksamkeit. Er wies darauf hin, wie der Zentralvorstand genötigt worden sei, den Vorständen wegen fortwährender Gegenarbeit anzuschreiben und die örtlichen Vorstände teil der ihres Amtes zu entheben. Wie diese dann ein neues Lokalkomitee (Deutsch-nationales Metallarbeiterverband) zu gründen versuchten und zuletzt bei der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ gescheitert haben. Der schönste Beweis, wie weit es mit ihrem „Deutsch-national“, aber auch mit ihrem christlichen Standpunkt her ist. Kollege Schümmer Wilsen ging näher auf die Hausagitation ein und wie eine solche in die Wege zu leiten ist. Kollege Menzer Stolberg wies auf die Ausgaben für Agitation aus den Lokalkassen hin. Kollege Schramm Wetzlar hielt einen Vortrag über Buchführung und Kassentwesen. Er wies an der Hand der einzelnen Bücher und Formulare, wie es notwendig sei, daß alle Einnahmen ganz genau gezeichnet werden, weil alles systematisch ineinander greift. An der Diskussion beteiligte sich auch unser Generalkassiererkollege Herzog, die Ausführungen des Kollegen Schramm näher erläuterte. Die von der Ortsgruppe Kreisfeld gestellten Anträge wurden nach Verhandlung durch den Vorsitzenden Capell der Berücksichtigung empfohlen.

Zu dem Punkt: Unsere heutige Lage hielt Kollege Wier einen längeren Vortrag. Es wurde darauf hingewiesen, wie es notwendig sei, den 60 Pfennig-Beitrag einzuführen und noch einen Extrabeitrag an den Bezirk abzuführen, damit eine weitere Kraft angestellt werden könne. In der Diskussion wurden diese Punkte eingehend besprochen. Die Notwendigkeit des Extrabeitrages und Anstellung einer weiteren Kraft wurde anerkannt und einstimmig beschlossen, daß Nötige zur praktischen Durchführung der gemachten Anregungen sofort in die Wege zu leiten. Mit einem Hoch auf den christl.-soz. Metallarbeiterverband wurde die anregend verlaufene Bezirkskonferenz geschlossen. H. W.

Zur Handhabung des neuen Reichsvereinsgesetzes

In der vorigen Nummer des Organs haben wir die wichtigsten Punkte aus den Ausführungsbestimmungen einzelner Bundesstaaten zur Handhabung des Reichsvereinsgesetzes wiedergegeben. Die inzwischen erschienenen Verordnungen der noch nicht genannten größeren Bundesstaaten wollen wir nunmehr ebenfalls zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen.

In Bayern

Ist die Vollzugsverordnung in geistlichen Sinne wie in Baden gehalten. Außerdem hat sich die Kammer der Abgeordneten mehrere Tage lang mit freihellich gerichteten Anträgen zur Handhabung des Vereinsgesetzes befaßt, die dem neuen Reichsgesetz die Giltigkeitsgrenzen der Ausnahmestimmungen und bureaukratischen Fesseln ausziehen sollten. Bei der Zusammenfassung des bayerischen Landtages und der Haltung der bayerischen Staatsregierung ist die Annahme dieser Anträge zu erwarten und damit eine freihelliche Auslegung des Gesetzes für Bayern gesichert. Aus der vom bayerischen Ministerium erlassenen Vollzugsverordnung seien nachstehende, für uns in Betracht kommenden Ausführungen hervorgehoben:

Die in § 5 vorgeschriebene Anzeige über die Veranstaltung politischer Versammlungen ist 24 Stunden vorher bei der Ortspolizeibehörde zu bemerkstelligen. Einer Anzeige bedarf es nicht, wenn die Versammlung durch eine Bekanntmachung in einer Zeitung des Bezirks oder durch Aufschlag oder durch Ausruf mindestens 24 Stunden vorher angekündigt worden ist. Öffentliche Versammlungen auf Straßen und Plätzen sowie Aufzüge bedürfen der Genehmigung der Distriktpolizeibehörde. Gegen deren ablehnenden Bescheid ist Beschwerde bei der Kreisregierung zulässig, welche in letzter Instanz entscheidet, aber die Oberaufsichtsbeschwerde an das königliche Staatsministerium nicht ausschließt. Öffentliche Versammlungen auf nicht öffentlichen Plätzen bedürfen keiner Genehmigung, sondern nur einer Anzeige. Aufzüge, wie Leichenbegängnisse, Hochzeits-, Sports-, Kriegervereins-, Feuerwehrmzüge usw. bedürfen keiner Genehmigung.

In den in § 6 Abs. 3 bezeichneten Versammlungen ist der Gebrauch einer nicht-deutschen Sprache zulässig, in anderen öffentlichen Versammlungen ist neben den in § 12 Abs. 2 des Gesetzes bezeichneten Fällen der Mitgebrauch einer nichtdeutschen Sprache gestattet.

Für Württemberg

lauten die vom 15. Mai erlassenen Vollzugsbestimmungen im Sinne der schon in vor. Nr. mitgeteilten Erklärung des Minister des Innern. Sie sind von allen Seiten erschienen, die freihellichsten, insbesondere für die Bewegungsfreiheit unserer Gewerkschaften die weitgehendsten. Wir haben folgendes daraus hervor:

Aus der Teilnahme von Ausländern an Vereinen und Versammlungen können Beschränkungen des Vereins-

und Versammlungsrechtes für Nichtangehörige nicht hergeleitet werden. Zur Auflösung eines Vereins ist die Kreisregierung zuständig, in deren Bezirk der Verein seinen Sitz hat. Gegen die Verfügung der Kreisregierung ist Beschwerde an das Ministerium des Innern und gegen dessen Bescheid Nichtbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zulässig.

Die wirtschaftlichen Vereine, soweit sie sich innerhalb des Rahmens des § 152 der Gewerbeordnung halten, sind als politische Vereine nicht anzusehen.

Zur Entgegennahme von Anzeigen öffentlicher politischer Versammlungen ist die Ortspolizeibehörde des Versammlungsortes zuständig. Diese hat dem Oberamt von den Anzeigen unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn vermöge besonderer Umstände die Ergreifung politischer Maßnahmen in Frage kommt. Anstelle der Anzeige hat die öffentliche Bekanntmachung in einer die öffentlichen Bekanntmachungen des Oberamts enthaltenden oder im Oberamtsbezirk erscheinenden oder in einer sonstigen vom Bezirksrat bestimmten Zeitung zu erfolgen. Sie kann auch durch öffentlichen Aufschlag oder Ausruf geschehen. Spätestens 24 Stunden vor Beginn der Versammlung muß die Nummer der Zeitung, welche die Bekanntmachung enthält, zur Ausgabe gelangt sein oder der Aufschlag oder der Ausruf der Bekanntmachung begonnen haben. Die Ortspolizei hat von diesen öffentlichen Bekanntmachungen unverzüglich dem Oberamt auf kürzestem Wege Mitteilung zu machen, wenn Polizeimaßnahmen in Frage kommen.

Solange nicht eine anderweitige gesetzliche Regelung erfolgt, ist in den in § 6 Abs. 3 des Gesetzes bezeichneten Versammlungen (gewerkschaftlichen Versammlungen) auch der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache zulässig. Ebenso ist in anderen öffentlichen Versammlungen einzelnen Rednern der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache gestattet. Weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 12 Abs. 1 des Gesetzes können im einzelnen Fall vom Oberamt zugelassen werden.

Von der Verfügung der Polizeibehörde, in öffentliche Versammlungen ein oder zwei Deputierte zu entsenden, ist nur dann Gebrauch zu machen, wenn dies vermöge besonderer Umstände geboten ist. Die Gründe der Auflösung einer Versammlung sind dem Leiter derselben auf seinen Antrag vom Oberamt schriftlich mitzuteilen. Gegen die Auflösung ist Beschwerde an die Kreisregierung und das Ministerium des Innern und gegen den Bescheid des letzteren Rechtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zulässig. Die Teilnahme an gewerkschaftlichen Vereinen und an den in § 6 Abs. 3 des Gesetzes aufgeführten Versammlungen frei auch Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, frei. Die Erlassung polizeilicher Strafverfügungen im Falle des § 18 des Gesetzes kommt den Oberämtern zu.

Für das Königreich Sachsen

enthalten die am 13. Mai erlassenen Ausführungsbestimmungen keine Einschränkungen und Milderungen des Sprachenverbots, auch keine näheren Bestimmungen über den Begriff: politische Vereine sowie die Anwendung des Jugendlicherparagrafen für die Gewerkschaften. Also ebenso reaktionär wie in Preußen. Die hauptsächlichsten Bestimmungen bezüglich Bekanntgabe öffentlicher Versammlungen lauten:

Die an die Stelle der Anzeige tretende öffentliche Bekanntmachung einer öffentlichen politischen Versammlung muß folgenden Anforderungen genügen:

- a) Die öffentliche Bekanntmachung muß in der Zeitung oder durch Plakat erfolgen;
- b) sie muß in deutscher Sprache abgefaßt sein, die deutliche Ueberschrift tragen: „Öffentliche politische Versammlung“, sowie Zeit und Ort der Versammlung, den Namen, Wohnort und die Wohnung des Veranstalters enthalten;
- c) die Zeitungsnummer, in welcher die Bekanntmachung erfolgt, muß mindestens 24 Stunden vor der Versammlung am Versammlungsorte zur Ausgabe gelangt, das Plakat in der gleichen Frist angebracht sein;
- d) die Zeitung muß von der zuständigen Polizeibehörde ausdrücklich zugelassen worden sein;
- e) für jeden Ort im Bezirk der Polizeibehörde sind deshalb je nach Bedürfnis mindestens zwei Zeitungen im voraus zu bestimmen, wobei in erster Linie auf deren Verbreitung in dem betreffenden Orte Rücksicht zu nehmen, eine Beschränkung auf das Amtsblatt oder eine Rücksichtnahme auf den politischen Charakter der Zeitung aber unzulässig ist;
- f) das Plakat ist am Versammlungsorte an der für öffentliche Ankündigungen bestimmten und behördlich bekannt gemachten Stelle anzubringen.

Gemäß den weiteren Bestimmungen der sächsischen Vollzugsverordnung fallen die Erhebung von Eintrittsgeld sowie sonstige Geldsammlungen bei öffentlichen Versammlungen unter den Begriff der öffentlichen Geldsammlung und sind entsprechend der sächsischen Landesgesetzgebung an eine besondere behördliche Erlaubnis gebunden. — Ist das auch ein „Fortschritt“ des neuen Gesetzes mit der gebrienen „Einheit“? — Viel freihellicher wie diese sächsischen und die preußischen Vollzugsverordnungen sind diejenigen für das

Großherzogtum Hessen

Hier ist in Gewerkschaftsversammlungen der Gebrauch aller nichtdeutschen Sprachen generell erlaubt, diese ungeredete Ausnahmebestimmung also vollständig außer Wirksamkeit gesetzt. Wir geben aus der hiesigen Verordnung nachstehende, für unsere Gewerkschaften wichtige Bestimmungen wieder:

Wenn die öffentliche Bekanntmachung einer öffentlichen politischen Versammlung nach § 6 Abs. 1 des Reichsgesetzes die Anzeige ersetzen soll, so muß sie durch eine in dem Kreise, in dem der Versammlungsort liegt, erscheinende Zeitung, oder durch öffentliche, in die Augen fallende Aufschläge in der Gemeinde des Versammlungsortes erfolgen. Sie muß den Ort, die Zeit und den Namen des Veranstalters der Versammlung angeben. Spätestens 24 Stunden

den vor Beginn der Versammlung mit die Bekleidung ausgegeben oder das Anschlagwerk bewirkt sein.

Auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfindende öffentliche Versammlungen und Aufzüge bedürfen der Genehmigung des Kreisamtes.

Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, die nicht auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden, bedürfen einer Genehmigung nicht, wenn sie nach § 5 des Reichsgesetzes angezeigt worden sind. Keiner Genehmigung oder Anzeige bedürfen Aufzüge und Aufmärsche der Feuerwehren, Sanitätskolonnen, Kriegervereine, Zünfte, Schulen, jener Aufzüge zu gesellschaftlichen und sportlichen Zwecken.

Zu den im § 6 Abs. 3 des Reichsgesetzes bezeichneten Versammlungen ist der Gebrauch nichtdeutscher Sprachen zulässig. In anderen öffentlichen Versammlungen, die in deutscher Sprache geführt werden, ist einzelnen Rednern der Gebrauch nichtdeutscher Sprache gestattet.

Kurz und bündig, aber sehr reaktionär und nach preussischem Muster gehalten sind die Ausführungsbestimmungen der freien

Nrichsstadt Hamburg

Hier ist die Bekanntgabe öffentlicher Versammlungen, nicht einmal durch Plakate, sondern nur durch von der Behörde zu bestimmenden Zeitungen zulässig. Die vom Senat erlassene Vollzugsverordnung lautet:

1. Einer Anzeige bedarf es nicht für Versammlungen, die unter Angabe des Namens und der Wohnung des Verantwortlichen durch zwei im hamburgischen Staatsgebiet erscheinenden, von der zuständigen Polizeibehörde näher zu bestimmen und mindestens 24 Stunden vor Beginn der Versammlung zur Ausgabe gelangenden Zeitungen in deutscher Sprache nach Zeit und Ort bekannt gemacht worden sind. (Zu § 6 Abs. 1.)

2. Ausnahme von der Vorschrift, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu erfolgen haben, kann die zuständige Polizeibehörde unter Berücksichtigung der im Einzelfalle zu erfüllenden Bedingungen zulassen.

Damit haben wir die Ausführungsbestimmungen der wichtigsten industriellen Bundesstaaten im Auszug wiedergegeben. Wir aus einem Vergleich dieser Bestimmungen hervorgeht, sind sie — besonders in der Behandlung unserer Gewerkschaften — sehr verschieden. Wenn sich die Praxis nicht einheitlich gestaltet, wie es diese verschiedenartigen Bestimmungen voraussetzen lassen, dann haben wir trotz des Reichsvereinsgesetzes eine buntschekige Musterkarte von Vereinigungen und die begeistertsten Lobeshymnen auf die „Einheit“ des neuen Gesetzes waren nur leeres Geklapper. Vorläufig erhoffen wir noch das Gegenteil, insbesondere auch in Preußen, gemäß der Erklärung des Staatsrats von Bethmann-Hollweg eine Verschönerung der Gewerkschaften vom Sprachenverbot und Jugendlichenparagrafen.

Stimmen zur General-Versammlung

In Nr. 20 unseres Verbandsorgans wird die Diskussion eröffnet über die voraussichtlichen Aufgaben der diesjährigen Generalversammlung in München. Unter diesen wird wohl die Beitrags- und Unterstützungsfrage die Hauptrolle spielen. Wer sich Einblick verschafft in die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes, das Interesse desselben stets im Auge hat, dabei nicht engherzig und kleinlich denkt, der wird ohne weiteres zugestehen müssen, daß eine angemessene Beitragserhöhung unbedingte Voraussetzung ist. Ich sage eine angemessene. Wenn auf einer Bezirkskonferenz von einzelnen Delegierten der Wunsch ausgesprochen worden ist, den Beitrag auf eine Mark zu erhöhen und dies im Verbandsorgan rühmend hervorgehoben wird, so kann dies nur dem persönlichen Empfinden der betreffenden Kollegen entspringen, aber praktisch hat ein solcher Vorschlag keine Bedeutung. Wir müssen uns stets im Rahmen des Erreichbaren halten, jede Ueberstimmung muß zum Schaden der Organisation auslaufen. Als zurzeit durchführbar ist eine Beitragserhöhung auf 60 Pfennig. Hierbei dürfte wohl auf die Zustimmung sämtlicher Mitglieder gerechnet werden.

Eine andere Frage ist die: Soll für die aufgebrachte Mehreinnahme eine Entschädigung in bezug auf weiteren Ausbau des Unterstützungswezens, insbesondere der Erwerbslosenunterstützung, geboten werden. Hier werden wohl geteilte Meinungen vorhanden sein. Nach meinem Dafürhalten wäre es ein Fehler, wenn die Generalversammlung der Unterstützungsfucht noch mehr entgegenkommen würde. Ein Bedürfnis nach erweiterten Unterstützungen ist in unseren Mitgliederkreisen durchaus nicht vorhanden. Die Stimmung der großen Masse der Mitglieder ist gegen eine Erhöhung der jetzigen Unterstützungssätze.

Ich möchte einer Beitragserhöhung das Wort reden, aber nur mit dem Vorbehalt, daß die Mehreinnahmen für wirtschaftliche Kämpfe verwendet werden. An Unterstützungen kann im besten Falle nur soviel ausbezahlt werden, als die Kollegen selbst hineinzahlen. Es ist dies somit nur zurückgelegtes Geld, ein direkter Gewinn ergibt sich für die Mitglieder nicht.

Anders bei Bewegungen, wo erreicht werden kann, daß bei einem relativ niedrigen Beitrag von 60 oder 70 Pf. vielleicht eine Gegenleistung von vielen Mark, abgesehen von sonstigen Errungenschaften (Arbeitszeitverkürzung, bessere Behandlung usw.) vorhanden ist. Also kann nur hierin der wirkliche Wert der Organisation zu suchen sein. Infolgedessen soll die Agitation mit Unterstützungseinrichtungen nach Möglichkeit zurückgestellt, die Hauptaufgabe des Verbandes aber hervorgekehrt werden. In fast allen Gegenden sind Lohnreduzierungen erfolgt oder begünstigt von der schlechten Konjunktur sonstige Verschlechterungen in den Betrieben durchgeführt worden. Hieraus ergibt sich die Konsequenz, daß die Arbeiter beim Wiederaufleben der Wirtschaftsverhältnisse nicht bloß das wieder erringen wollen, was ihnen entzogen wurde, sondern ihnen werden zum großen Teil die Augen geöffnet werden und ihr Streben in erhöhtem Maße auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gerichtet sein.

Dieser Stimmung müssen wir Rechnung tragen. Die jahrelange Aufklärungsarbeit wird ihre Früchte tragen. Die Klassenverhältnisse und die regelmäßigen Geldeingänge müssen so gehalten sein, daß wir an allen Orten in der Lage sind, jede günstige Situation auszunutzen und nicht vielleicht deshalb, weil an einem Tübend Orten eine größere Anzahl Mitglieder in Bewegung stehen, andere die günstigen Chancen vorbegehen lassen müssen, ohne etwas erreichen zu können. Andererseits müssen wir damit rechnen, daß bei der nächsten Hochkonjunktur auch die größeren Mittenwerte Rheinlands und Westfalens für die Organisation reif sind und die kleineren Geplänkel gewaltigen Kämpfen mit großen Opfern weichen werden. Vor solchen Bewegungen dürfen wir nicht zurückschrecken, im Gegenteil, wir müssen uns frühzeitig darauf vorbereiten. Der Kampfcharakter unseres Verbandes muß noch mehr als bisher hervorgehoben werden. Der sozialdemokratische Führer Paul Umbreit schreibt in seinem Werke „Die gewerkschaftlichen Organisationen“ unter anderem: „Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitglieder nur gewonnen auf Grund ihrer Tätigkeit in bezug auf den Arbeitsvertrag, auf Grund ihres Charakters einer Kampforganisation“. Unter Berücksichtigung, daß hier auch ideale Gründe, die Verteidigung einer Weltanschauung, mitgesprochen haben, kann dem Urteil Umbreits doch die Richtigkeit nicht abgesprochen werden. Unsere Unterstützungen sind auf keinen Fall die Ursache. Wir sehen dies an den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die trotz ihres 40jährigen Bestehens und ihrer übermäßigen Agitation mit Unterstützungen den Krebsgang gehen. Mit dem Duxerieren mit Unterstützungen hält man eben keine Mitglieder dauernd, der Arbeiter von heute strebt nach Höherem, nach Besserem.

Wir brauchen uns ja nur in die praktische Agitationsarbeit hineinzudenken. Wird an einem Ort von unserer Seite frisch eingesetzt und es gelingt bei einer Firma, die Arbeiter vollständig zu organisieren, so werden die Arbeiter anderer Fabriken nicht deshalb beitreten, weil erstere ihnen etwas voraushaben, weil sie Erwerbslosenunterstützung beziehen. Diese warten vielmehr darauf, ob bei erster Firma Verbesserungen im Arbeitsvertrag erzielt werden, und ist dies der Fall, so wirkt das erstrebend und aufmunternd auf die Gemüter; der Mann, der auf den Arbeitern lastet, wird von ihnen abgestreift. Also nicht durch hohe Unterstützungen, sondern nur durch wirtschaftliche Erfolge werden wir in der Lage sein, die indifferente Masse für uns zu gewinnen und die gewonnenen auch zu halten. Das Unterstützungswezen darf nur Mittel zum Zweck sein, nicht der Zweck selbst.

Ich gebe zu, daß wir Orte haben, wo ein wohl ausgebautes Unterstützungswezen für das Gelingen der Ortsgruppen von Bedeutung sein kann. Das sind die Orte wie Berlin, Hamburg, Bielefeld, Hannover und andere mehr, wo wir mit einer übermächtigen gewerkschaftlichen Organisation zu rechnen haben, wir aber durch unsere dortigen schwachen Mitgliederzahlen nur schwer in der Lage sind, wirtschaftliche Kämpfe aus eigener Initiative oder allein zu führen. Aber auch hier hat z. B. München den Beweis geliefert, daß die Mitglieder hohe Leistungen wohl tragen, ohne daß ihnen Extraintersetzungen auch nur der geringsten Art gegeben werden, wenn es nur nicht an der richtigen Aufklärung gemangelt hat. Für einen großen Teil — besonders in Rheinland-Westfalen — überhaupt in allen Gegenden, wo keine starke sozialdemokratische Bewegung vorhanden, wir also aus eigenem Drang eine scharfe Kampfesstellung einnehmen können, ist ein Bedürfnis für erweiterte Unterstützungsätze durchaus nicht vorhanden. Insbesondere gilt das für den Dortmunder Bezirk. Es wäre darum verfehlt, den Osten wie den Westen, den Süden wie den Norden nach einem Schema behandeln zu wollen. Wird von andern Bezirksleitern für ihre Bezirke das Bedürfnis nach weiteren Unterstützungen empfunden und ausgesprochen, so dürften die erweiterten Unterstützungsätze keinesfalls für das gesamte Verbandsgebiet eingeführt werden, sondern dieselben müßten lokaler Natur sein.

Zu diesem Zweck müßte allerdings der bisherige der Ortsverwaltung verbleibende Betrag von 15 Prozent einem erhöhten Prozentsatz weichen. Bei denjenigen Ortsgruppen, die ein Unterstützungsbedürfnis nicht aufzuweisen haben, könnten dann die erhöhten Vorkasseneinnahmen für die Agitation sowie für Bewegungen verwendet werden.

Der eventuell gemachte Einwurf, daß die Lokalunterstützungen vielfach zu weit ausgedehnt würden, weil die betreffenden sich die Sache zu leicht vorstellen, nicht richtige Berechnungen anstellen, kann nicht als stichhaltig bezeichnet werden. Dagegen kann man Vorkehrungen treffen, indem z. B. auf der Generalversammlung der Beschluß gefaßt wird, daß die Vorkassaten, ebenso wie das Einziehen der Lokalbeiträge der Genehmigung des Zentralvorstandes bedürfen. Somit könnte Unterstützungsaustrüpfen entgegengetreten werden. Andererseits haben doch jetzt sich der Verantwortlichkeit doch wohl bewußt sind und Erfahrungen auf diesem Gebiete besitzen. Nachdem hier Erhöhung der Unterstützungen entgegengetreten, andererseits einer erhöhten Anzahl von Bewegungen und Streiks das Wort geredet wird, könnten vielleicht Wünsche geäußert werden, die Streikunterstützung zu erhöhen, und zwar aus agitatorischen Motiven. Jedoch auch dem muß widersprochen werden. Wir wünschen keine größere Leistung bei den Bewegungen, sondern eine größere Zahl der Bewegungen. Es kommt schließlich bei Streiks nicht auf die Höhe der Unterstützung an oder in der Agitation auf das Zahlenmaterial in bezug auf ausbezahlte Streikunterstützung pro Kopf des Mitgliedes, sondern ob mit den Bewegungen etwas zu gunsten der Mitglieder erreicht worden ist. Wenn Umbreit in seinem, bereits oben zitierten Werk herausrechnet, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1905 pro Kopf 5,31 Mk. an Streikunterstützung bezahlt haben, die sozialdemokratischen aber 7,55 Mk., so ist damit in Hinblick der Errungenschaft der Organisation noch gar nichts gesagt. Was hat es für einen Wert, wenn, wie in Berlin, bei einer Ausperrung vielleicht 1 Million Mark und noch mehr verpulvert wird, die Arbeiter aber schließlich die Arbeit bedingungslos aufnehmen müssen. Das ist nutzlos weggeworfenes Geld. Hier kommt es somit nicht auf die Höhe des Betrages an, sondern mehr darauf, ob viele Bewegungen geführt wurden ohne Arbeitsverluste, dabei mit wesentlichen Erfolgen, oder Streiks, die Verbesserungen gebracht haben. In diesem Punkte haben wir

unbestreitbar Bessere gelernt als es bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Fall war. Dieses Material soll zur Agitation verwendet werden, nicht die Höhe der Streikunterstützung.

Eine Erhöhung der Leistungen wäre nicht zu befürworten, weil sie leicht die Gefahr in sich birgt, daß infolge der hohen Unterstützungen leichtfertige Streiks begünstigt werden. Dieselbe soll so bemessen sein, daß der Betrag auch nicht annähernd die Höhe des Arbeitsverdienstes, nur das zum Leben Notwendigste darstellt, und dadurch der Streikende durch Zulagen oder bedeutende Einschränkung in seiner Lebensweise fortwährend auch materiell an dem Streit interessiert ist.

Mögen die Delegierten auf der Generalversammlung somit dem Wunsche nach erhöhten Unterstützungen nicht entsprechen, sondern die Beitragserhöhung zu gunsten der Verbesserung der Lohnverhältnisse bestimmen. Durch Unterstützungen werden die Mitglieder nur verpflichtet, aber nicht zu kampfbereiten Charakteren, zu opferfreudigen und mutvollen Agitatoren erzogen. Das letztere aber muß unser Bestreben sein. Wir brauchen Mitglieder, stets ihrer Situation bewußt, stets bereit, den Kampf aufzunehmen mit dem Scharfmachertum, aber keine Memmen, die zu feig und zu furchtsam sind, ein ernstes Gesicht mitzumachen.

Aus dem Artikel „Vergewaltigt“ in Nummer 15 unseres Organes leuchtet der Wunsch heraus, daß mit einer Beitragserhöhung schon vorher gerechnet, d. h. der Zentralvorstand einen solchen schon vor der Generalversammlung beschließen soll. Zu dieser Stellungnahme möchte ich nur der Grund entscheidend sein, daß sich im Sommer eine Beitragserhöhung besser durchführen ließe, als im Winter. Nachdem aber die letzte Beitragserhöhung vom Zentralvorstand beschlossen wurde, stehen hier doch prinzipielle Bedenken gegenüber. Ich glaube die Stimmung aller Mitglieder zum Ausdruck zu bringen, wenn ich betone, die Delegierten betrachten es als ihre Ehre, auf der Generalversammlung eine Beitragserhöhung selbst zu beschließen und nicht bloß dem bereits bestehenden zustimmen. Damit würde der Generalversammlung eine ihrer wichtigsten Aufgaben genommen werden. Wir sind keine Hirsch-Dunderschen, die sich in Angstschweiß haben, wenn sie nur das Wort Beitragserhöhung hören. Da haben allerdings die Führer alle Ursache, mit schlotternden Knien zur Generalversammlung zu gehen und die Befürchtung zu hegen, daß ihr morscher Baum vollends zusammenbricht. Mit einem solchen verkauften Untergrund brauchen wir nicht zu rechnen, unsere Mitglieder sind ja noch so weisend der Organisation bewußt. Möge darum diese ehrende Aufgabe der Generalversammlung, unserer höchsten Instanz, vorbehalten bleiben und möge dieselbe alles Kleinliche, engherzige beiseite lassen und zum Besten unseres Verbandes ihre Beschlässe fassen. H. Prell, Dortmund.

Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren sowohl an Zahl, wie an innerer Stärke und Opferfreudigkeit schöne Fortschritte gemacht. Diese Tatsache kann nicht weggeleugnet werden. Allen voran steht an erster Stelle in punkto Beitragshöhe unser christlicher Metallarbeiterverband. Während die anderen Konkurrenzverbände Jahrzehnte bedurften, um zu der jetzigen Höhe zu gelangen, ist es dem kaum 10 Jahre alten christlichen Metallarbeiterverband in der kurzen Spanne Zeit möglich gewesen, einen Einheitsbeitrag von 50 Pf. wöchentlich einzuführen. An vielen Orten wird sogar 60-70 Pfennig pro Woche erhoben.

Das ist ein gutes Zeichen gewerkschaftlicher Erziehung. Es steht beispieslos da, daß vor zwei Jahren alle Ortsgruppen einmütig, ohne den Generalversammlungsbeschluß abzuwarten, den 50 Pf.-Beitrag einführten. Dafür haben wir auch zu verzeichnen, daß unser Verband pro Mitglied den höchsten Vermögensbestand, z. B. 20 Mk. pro Kopf, aufweisen kann, während der viel ältere sozialdemokratische Metallarbeiterverband, trotzdem er einen Einheitsbeitrag von 60 Pf. erhebt, bedeutend weniger pro Kopf aufweisen kann.

Da aber in wirtschaftlichen Kämpfen das Unternehmertum mehr Gewicht auf die zur Verfügung stehenden Mittel als auf die Mitgliederzahlen legt, so ist in letzter Zeit von verschiedenen Bezirkskonferenzen der Wunsch ausgesprochen, es möge schon vor der Generalversammlung ein Einheitsbeitrag von 60 Pf., einzelne haben sogar 70 Pf. gefordert, zum 1. Juli eingeführt werden, um unsere Kriegskasse zu stärken. Prinzipiell ist nichts dagegen einzuwenden. Jedoch wäre es angebracht, aus folgenden Erwägungen etwas dazu zu sagen.

Es ist in verschiedenen Gegenden, wie beispielsweise am Unter- und Oberharz, den schlecht entlohnerten Arbeitern etwas viel zugemutet, besonders denen, die erst 50 oder 55 Pf. Beitrag erheben, den Sprung auf 65 oder 70 Pf. zu machen, da doch auch der Lokalbeitrag von 10 Pf., wo er noch nicht eingeführt ist, über kurz oder lang Platz greifen muß. Diese Ortsgruppen würden also nicht gut folgen können und die Attraktivität würde gelähmt werden. Und da meine ich, daß als einziger Ausgleich die Einführung von Staffelleistungen Platz greifen muß. Die schon angeführten Gegenstände lassen sich schon beheben. Jedoch darf unter den jetzigen Sätzen von 50 Pf. Verbandsbeitrag bei der niedrigsten Klasse nicht gegangen werden. Das richtige in bezug auf Einteilung der Klassen und Festsetzung der Unterstützungsätze bleibt ja der Generalversammlung überlassen. Hoffentlich bringt dieselbe nicht bloß eine Klärung, sondern eine Entscheidung in der Einführung von Staffelleistungen.

Dann noch ein Wort zu den Unterstützungsleistungen bei Erwerbslosigkeit. Da wäre es doch wohl nach den Erfahrungen, die gemacht worden sind, richtiger und praktischer gewesen, den Antrag Thale*) bei der letzten Gene-

*) Der Antrag Thale hatte folgenden Wortlaut: Den § 7 des Statuts in folgender Weise zu ändern: 1. Die Karenzzeit auf 26 Wochen festzusetzen. 2. Die Unterstützung aus öffentlichen Beitragszahlungen soll betragen, 50 Pf. pro Tag, oder die Hälfte, nach 52 Wochen mit im Statut 6 Mk. 3. Die Unterstützungsdauer soll betragen, im ersten halben Jahr 10 Wochen, nach einem Jahr 15 Wochen und vom zweiten Jahre 20 Wochen hintereinander. Die Arbeitslosenunterstützung (bei Arbeitslosigkeit und Krankheit) soll demnach betragen: Die Höchstsumme darf bei einer Mitgliedschaft von 26 Wochen 30 Mark, 52 Wochen 90 Mark, 104 Wochen 140 Mark nicht übersteigen.

überwindung zur Annahme zu dringen. Sagte doch selbst damals unser Zentralvorstand: „Wenn wir die Sache schonen wollen, dann können wir mit dem Antrag Thale weiter als mit dem Antrag Eisen-Appstadt, der dann jedoch angenommen wurde. Ebenso würde es sich empfehlen, den Anträgen, die wiederholt gestellt worden sind, und auch dieses Mal wiederholt werden, nämlich den Ortsgruppen einen größeren Anteil an den 15 Prozent der Wochenbeiträge zu belassen, dieses Mal anzunehmen. Auf diese Weise würde man auch die zufriedenstellen, die da sagen, wir haben ja doch nichts von einer Beitragserhöhung. (Stimmen, die so etwas sagen können, müssen eine sehr sonderbare Auffassung von der Zentralisation der Gewerkschaften haben. Wenn man das bei rücksichtlichen Kola' Verhandlern hört, ist es schon schwer verdaulich; bei Anhängern einer zentralisierten Organisation aber ist es haarsträubend. Diese Kollegen müssen aber das wahre Wesen des Verbandes noch besser aufgeföhrt werden. Red.)

Dann möchte ich hiermit noch gleichzeitig auf einen anderen Punkt eingehen. Es wird oft die Meinung vertreten, daß es dem Interesse der Kollegen und des Verbandes überhaupt wäre, daß mehr Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu den Generalversammlungen gewählt würden. Bei der letzten Generalversammlung waren annähernd ein Drittel freigestellte Kollegen. Es soll durchaus den freigestellten Kollegen kein Vorwurf gemacht werden, als ob sie die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder nicht wahrgenommen und vertreten hätten; im Gegenteil, besitzen sie doch die meiste Erfahrung und Sachkenntnis. Auch wird dadurch dem Verband eine bedeutende Summe an Kosten gespart. Es kann aber durch Wahl von mehr im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen selbst die Stimmung derselben besser zum Ausdruck gebracht und der letzten Meinung entgegengetreten werden, als ob die freigestellten Kollegen nur der Ansicht der Zentrale zustimmen und nicht die Meinung der Kollegenschaft zum Ausdruck bringen könnten.

Ich fasse meine unmaßgebliche Ansicht dahin zusammen: Einführung von Stafelbeiträgen, Umänderung der Erwerblosenunterstützung nach dem gestellten Antrag Thale bei der letzten Generalversammlung und mehr Mittel für die Ortsgruppen aus den 15 Prozent der Wochenbeiträge. Wird die nächste Generalversammlung diesen Anregungen Rechnung tragen, dann wird dieselbe wie bisher auch dieses Mal dem Verband einen bedeutenden Schritt vorwärts bringen.

Gewerkschaftliches.

Berliner Auslegungskunst.

Der „Arbeiter“, Sitz Berlin, hatte in Nr. 17 in einem seiner „hochgelehrten prinzipiellen Leitartikel“ u. a. auch geschrieben, gelegentlich des Pastoralen habe

„D. ein „christliches“ Gewerkschaftsblatt, der „Deutsche Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, den Episkopat als dritten im Bunde mit Sozialdemokraten und Unternehmern bezeichnet (!)“

Darauf forderten wir das Fachabteilungsorgan auf, den Beweis für diese an den Haaren herbeigezogene Anrempelung zu erbringen, wenn es sich den Vorwurf der Fälschung nicht machen lassen wolle. In Nr. 21 des „Arbeiter“ rückt Sitz Berlin nun mit diesem „Beweis“ heraus. Und wie sieht er aus? Nicht Jahre muß das Blatt, das „seinen Nächsten liebt wie sich selbst“, zurückgreifen und einen Satz aus dem Zusammenhang reißen, um doch etwas zutage zu fördern, was einen Beweis darstellen soll. Der „Arbeiter“ schreibt:

„In Nr. 22 vom Sonnabend, den 3. November des Jahres 1900 lautet die Überschrift des Leitartikels:

„Nochmals die christlichen Gewerkschaften und ihre Gegner.“

Der Artikel beginnt mit folgenden Worten: Zu der Gegnerschaft der christlichen Gewerkschaften, zu welcher bis jetzt hauptsächlich die Sozialdemokratie und der Kapitalismus gerechnet werden mußten, hat sich ein dritter hinzugefügt und zwar von einer Stelle aus, von wo es sicher nicht erwartet wurde, nämlich seitens eines Teiles der deutschen Bischöfe.“

Zur richtigen Würdigung dieses Satzes muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß es in der ersten Hälfte einer erregten Kampfsperiode geschrieben wurde, wo in katholischen Arbeiterkreisen die Auffassung bestand, daß die Kundgebung einiger Bischöfe sich gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtet habe, was sich dann höchst erregt ichweise als nicht zutreffend herausstellte. Damit all in fallen die Voraussetzungen in sich zusammen, die Sitz Berlin damit verquitt hat. Dabei redet der Berliner „Arbeiter“ vom „Episkopat“ im allgemeinen, während im „Deutschen Metallarbeiter“ nur von „einem Teil“ der deutschen Bischöfe die Rede ist. Das ist eine unehrliche Verallgemeinerung und Uebertreibung nach Berliner Manier.

Eine dreifache Fälschung aber ist die Behauptung des Fachabteilungsorgans, der „Deutsche Metallarbeiter“ habe den „Episkopat als dritten im Bunde mit Sozialdemokraten und Unternehmern bezeichnet.“

Der „Deutsche Metallarbeiter“ hat, wie oben angegeben, geschrieben, zu der Gegnerschaft der christlichen Gewerkschaften habe sich ein dritter hinzugesellt, nämlich „ein Teil der deutschen Bischöfe“. Darin liegt für einen klar und ehlich denkenden Menschen nun nicht der Begriff, daß die genannten Gegner der christlichen Gewerkschaften „im Bunde“ mit Sozialdemokraten und Unternehmern stehen. Zu den Gegnern der Sozialdemokratie gehören, um ein ana-

loges Beispiel anzuhören, die christlichen und gelben Gewerkschaften, und doch wird niemand, selbst Berliner Auslegungskunst, nicht zu behaupten wagen, daß christliche und gelbe Gewerkschaften „im Bunde“ miteinander ständen. Woraus es dem „allerchristlichsten“ Fachabteilungsorgan aber ankam, ist einzig und allein, um eine Verdächtigung und Beleidigung des Episkopates unterzuschreiben. Zu diesem Zweck sahnt das Blatt vor unehrlicher Verallgemeinerung und dreifacher Fälschung nicht zurück. Das ist eben Berliner „Ehrlichkeit“ und Auslegungskunst.

Vollends in die Brüche aber kommt das Blatt mit seiner Lüge, die christlichen Gewerkschaften hätten am Grabe der Würgegefallenen Kränze niedergelegt und Demonstrationen veranstaltet. Ganz nahe meißt der „Arbeiter“ nochmals, wir sollten die „Tägliche Rundschau“ und das „Berliner Tageblatt“ zum Widerruf zwingen. Von einem katholischen Arbeiterblatt sollten christliche Arbeiter mehr Objektivität verlangen können, als wie von einer „Täglichen Rundschau“ oder einem „Berliner Tageblatt“. Daß der Berliner „Arbeiter“ skrupellos alles nachsicht ist, was sich gegen die christlichen Gewerkschaften richtet, beweist mehr als spaltenlange Artikel, welche Elemente dort ihr Unwesen treiben. Wenn ein wahrer sinniger Zeitschreiber in einem antichristlichen Blatt die Würdigung würde, die christlichen Gewerkschaften hätten eine geheime Verschwörung nach Rom gefandt, um den Vatikan mit Dynamit in die Luft zu sprengen, sofort würde das der Berliner „Arbeiter“ seiner Leserschaft unterbreiten, um die Nachlosigkeit der „Christlichen“ zu beweisen und große in davor zu machen. Und ein solches Blatt verlangt noch ernst genommen zu werden und waagt sich so aufzuspielen, als ob es ganz allein das katholische Dogma in Erbpacht genommen hätte

Der „Regulator“.

das Organ des S.-D. Gewerkschafts der Metallarbeiter, befaßt sich in seiner Nr. 20 mit der in unserem Verband geplanten Beitragserhöhung, um diese Gelegenheit als einen Blizableiter für den Unmut der S.-D. Mitglieder zu benutzen. Die Freude wollen wir dem S.-D. Organ nicht mißgönnen. Der „Regulator“ befindet sich aber sehr im Irrtum, wenn er glaubt, der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes sei es in bezug auf Opferwilligkeit der Mitglieder nicht ganz geheuer. Darüber brauchen sich unsere S.-D. Freunde am wenigsten zu sorgen. Wir haben vor zweieinhalb Jahren den Beitrag ohne Generalversammlungsbefehl von 30 auf 50 Pfg. pro Woche erhöht, ohne Mitglieder einzubüßen. Im Gegenteil, wir haben seit dieser Zeit über 10 000 Mitglieder gewonnen, während der S.-D. Dunderische Konfuziusverband über etwa 12 000 verloren hat, von 53 000 auf gegenwärtig 40 700 zurückgegangen ist. Das allein besagt genug für die Opferwilligkeit der christlichen Metallarbeiter, und zeigt, daß die Leitung unseres Verbandes keine Angst vor dem Gegenteil zu haben braucht.

Gegenwärtig würde es auch wieder möglich sein, ohne Mitgliederverluste noch vor der Generalversammlung in München die geplante Beitragserhöhung von 50 auf 60 Pfg. durchzuführen, wie ja die Stimmung unserer Kollegen in allen bisher stattgefundenen Bezirkskonferenzen gezeigt hat. Ob der Zentralvorstand den diesbezüglichen Anträgen willfahren wird, geht niemand außerhalb des Verbandes etwas an. Daß diese ehrenvolle Opferwilligkeit unserer Mitglieder und große Beweglichkeit unseres Verbandesmedienismus den Neid der verächtlichsten S.-D. Organisation erwecken muß, ist menschlich sehr begreiflich. Kürzlich hat Herr Erleienz im „Regulator“ zum bevorstehenden S.-D. Delegiertentag einen „Versuchsballon“ für eine Beitragserhöhung fliegen lassen. Das hat einen Sturm im S.-D. Wasserglas verursacht. Es regnet Zuschriften im S.-D. Organ, die sich strikte gegen jede Erhöhung der Beiträge wenden. Dem „Regulator“ ist dieser Oppositionsturm gegen den Erleienz'schen „Versuchsballon“ schon nicht geheuer und er hält sich in väterlichen Ton am beschwichtigenden: Seid doch still, Kinder, regt Euch nicht auf, es ist vom Generalrat ja gar keine Beitragserhöhung geplant. — So steht's mit der „Opferwilligkeit“ im S.-D. Gewerkschaftsverein der Metallarbeiter.

Zuguterletzt wird der „Regulator“ dann noch hyperempfindlich. Er teilt seinen Lesern nämlich allen Ernstes mit, wir hätten in dem Artikel: „Zur Generalversammlung“ in Nr. 20 auf den S.-D. Verband „Losgeschimpft“. Weiter schreibt er:

„Man will jetzt den äbten Einrud der Beitragserhöhung durch Beschimpfung anderer vermindern.“

Nachstehend lassen wir die den S.-D. Gewerkschaften betreffende Stelle des Artikels in Nr. 20 nochmals folgen, damit unsere Leser sehen können, was der feinfühligste „Regulator“ unter „Losgeschimpfen“ und „Beschimpfen“ versteht. Die Stelle lautet:

„Wenn aber die Agitatoren des S.-D. Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter mit ihren „niederen“ Beiträgen treiben gehen, so ist das auch nur eine örtliche Täuschung, eine Spekulation auf diejenigen, die nicht alle werden. Wir haben früher schon darauf verwiesen, daß die Mitglieder des S.-D. Verbandes tatsächlich bisher schon höhere Beiträge zahlten wie wir, wenn man

vor die verschiedenen Klassen (Stranten-, Sterbefälle usw.) zusammenbringt. Der „Regulator“ Nr. 18 hat dieses auch selbst recht offenerzig bestätigt, indem er schreibt: „Unsere Mitglieder sind opferwillig, sie zahlen zum Teil heute schon über eine Mark mit Kranen- und Begräbniskasse.“ Ob der „Regulator“ Grund hat, auf die Opferwilligkeit seiner Anhänger besonders stolz zu sein, lassen wir dahingestellt, wer die letzten Nummern des „Regulator“ durchsieht, aber das Eingeständnis, daß die S.-D. Mitglieder auch nicht dieses Lob mehr wie sonderbar finden. Wertvoll ist bisher schon mehr zahlten, wie unsere Kollegen. — Das Gesagte der Gegner mit angeblichen „höheren“ Leistungen und „niedrigeren“ Beiträgen ist mithin nur auf den Singsang berechnet und kann einer näheren Prüfung gar nicht Stand halten.“

Wenn das „Beschimpfen“ sind, dann schimpft der „Regulator“ von der ersten bis zur letzten Spalte in jeder Nummer. S.-D. Dunderische Begriffe sind manchmal mehr wie sonderbar, wie auch dieser Fall wieder beweist. — Lassen wir sie und gehen wir unsern Weg weiter; Fortschritt heißt unsere Parole.

Streik und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Reaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzubringen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Mugsburg. Bezug von Kupferschmelzen für die Mugsburger Maschinenfabrik streng fernzuhalten. Die organisierten Kollegen wurden von genannter Firma entlassen.

Dortmund. Ueber die Firma „Dortmunder Felneinonstruktion“ wurde wegen schlechter Behandlung und Hoffordreduzierung die Sperre verhängt.

Freising. In der Maschinenfabrik Steineder sind Differenzen ausgebrochen.

Munich. Ueber die Firma L. A. Medinger ist die Sperre verhängt.

Donaubrück. Im Donaubrucker Eisen- und Stahlwerk sind infolge einer allgemeinen Lohnreduzierung Differenzen ausgebrochen.

Geisweid. In der hiesigen Slegeländer Herbfabrik sind Differenzen entstanden.

Rheinberg. In den deutschen Solway-Werken sind wegen Maßregelung organisierter Kollegen Differenzen entstanden.

Bielefeld. Ueber die Firma Reinshagen & Vogt ist die Sperre verhängt.

Unterloden. Die Ketten schmiede und Schlosser sind in eine Lohnbewegung getreten.

Gewelsberg. Bei der Firma Höllen sind infolge von Lohnabzügen Differenzen entstanden.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 31. Mai der dreiundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Mai bis 7. Juni 1908 fällig.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Annahmescheine von allen neuereintretenden Mitgliedern, auch von den aus andern Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzubringen. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des Christlich-Sozial-

Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seifenstraße 19 zu adressieren.

Die Ortsgruppe Duisburg I erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrags von 70 Pfg. vom 1. Juni d. Js. ab.

Die Ortsgruppe Solingen vom 1. Juli d. Js. an. Die Nichtbezahlung hat die Entziehung der Naturalischer Rechte zu Folge.

Das frühere Mitglied, Gottfried Sonnward, Buchnummer 54692 wird auf Antrag der Ortsgruppe Karlsruhe aus dem Verband ausgeschlossen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Nachen. In Nummer 19 unseres Organs ist folgende Bekanntmachung erlassen:

Der seitliche Vorstand der Ortsgruppe Nachen I wurde wegen Mißachtung der Anordnungen der Zentralleitung seines Amtes enthoben und die Gruppe als Sektion der allgemeinen Ortsverwaltung Nachen angegliedert. Mit der Führung der Geschäfte wurde der Bezirksleiter Wolff beauftragt.

Der seitliche Vorstand obengenannter Gruppe, p. Herzogenrath, Buch Nr. 12923, ist dauernd aus dem Verband ausgeschlossen.

Im Interesse des p. Herzogenrath und seiner paar Anhänger wollten wir in unserm Verbandsorgan die Sache damit bewegen lassen, da ihr auch zudem irgend eine Bedeutung garnicht bezumessen ist. Auch der klägliche gescheiterte Versuch des p. Herzogenrath zur Gründung eines Lokalverbandes hätte uns fast gelassen, da dieser Versuch ja von selbst am gesunden Sinn der Nacher Metallarbeiter scheitern mußte.

1. Es ist unwahr, daß hunderte von Mitgliedern des Nacher Bezirks, fast die ganze Pahlstelle Nachen I, aus dem christlichen Metallarbeiterverband ausgeschlossen sind; ebenso ist unwahr, daß dieselben ausgeschlossen sein sollten, weil ihnen vom Verbandsvorsitzenden Wieber verwehrt worden sei, krank und arbeitslose Mitglieder aus lokalen Mitteln zu unterstützen.

2. Es ist unwahr, daß die Ortsgruppe überall zurückgesetzt, oder daß Wieber als Diktator aufgetreten, oder die Pahlstelle nach Willkür oder ungerecht behandelt habe. Wahr ist vielmehr, daß sowohl Wieber wie der Zentralvorstand jahrelang dem Vorstand der Pahlstelle Nachen I gegenüber die größte Rücksicht geübt und sich alle Mühe gegeben haben, um die schwebenden Differenzen auszugleichen, und erst als alle Mühe vergeblich war, wurde der Vorstand der Ortsverwaltung seines Postens enthoben und der Vorsitzende Herzogenrath, als Urheber der Differenzen, aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen.

3. Es ist unwahr, daß die Zentralleitung zwei Revisoren veranlaßt, eine Abrechnung nicht zu unterschreiben; ebenso unwahr ist es, daß sie sich hinter einzelne Mitglieder versteckt habe. Wahr ist vielmehr, daß zwei Revisoren der Pahlstelle Nachen I bei der Quartalsrevision über Agitationsausgaben Auskunft verlangten, welche ihnen vom Leiter der Pahlstelle, Herzogenrath, verweigert wurde, sie deshalb es ablehnten, die Abrechnung zu unterschreiben und sich beschwerdeführend an die Zentrale wandten.

4. Es ist unwahr, daß die erwähnten Revisoren dieserhalb gegen alles Recht und gegen das Statut von Herzogenrath eigenmächtig abgesetzt und aus der Ortsgruppe ausgeschlossen wurden. Wieber sah sich deshalb gezwungen, einzugreifen, die Mitglieder gegen die Diktatur-Willkür und Ungerechtigkeit zu schützen und ihnen ihre Rechte zu wahren.

5. Es ist unwahr, daß Herzogenrath Mitgliedern die Auszahlung von Unterstützungen verweigerte, obwohl seitens der Zentrale eine Anweisung zur Auszahlung vorlag.

6. Es ist unwahr, daß in der Versammlung fast kein Mann im Saale blieb als Wolff, Wieber, Wernerus und ein paar ihrer Freunde.

7. Wahr ist dagegen, daß am Schlusse derselben Herzogenrath mit 10 bis 12 Mann abzog und alle anderen im Saale verblieben.

8. Wahr ist ferner, daß bei dem Versuch, eine lokale Gruppe zu bilden, nur 13 Mann sich um Herzogenrath gesammelt haben, alle anderen aber nach wie vor dem Verbande angehören.

9. Wahr ist ferner, daß Herzogenrath erst durch Polizei

und Staatsanwalt zur Herausgabe der Verbandsunterlagen und Kassenbestände gezwungen werden mußte.

Wieber, Vorstandsbesitzer des christl. Metallarbeiter-Verbandes. Zu dieser Berichtigung, die sich natürlich auf die plumpsten Unwahrheiten des sozialdemokratischen Artikels beschränken mußte, wollten wir noch einige näheren Erläuterungen und Mitteilungen hinzufügen.

Die plumpste Lüge in dem Artikel der sozialdemokratischen Presse ist die Behauptung, die Differenzen zwischen dem p. Herzogenrath und der Zentralleitung seien deshalb entstanden, weil die Ortsgruppe Nachen I ihren Mitgliedern eine Lokalunterstützung gewährt habe. Dann müßten solche Differenzen ja mit fast allen Ortsgruppen vorhanden sein, denn die meisten haben Lokalunterstützungen, ohne daß dieserhalb irgend eine Differenz mit der Zentralleitung besteht.

Die Lokalunterstützungen der Ortsgruppe Nachen I haben bei der ganzen Angelegenheit gar keine Rolle gespielt. Nein, die Differenzen mit dem Vorstand von Nachen I, die schließlich zum Ausschluß des Urhebers Herzogenrath geführt haben, sind einzig und allein auf die sorgfältigen unablässigen Querstreiberereien des p. Herzogenrath zurückzuführen, die von dem Tage an datieren, da nicht er, sondern ein anderer, nämlich Kollege Wolff, als Beamter in Nachen angestellt wurde. Als es so in unserm Verband nichts war mit der Postenjägerei, da hat sich p. Herzogenrath im christlichen Keramarbeiterverband, sowie beim Gesamtverband um einen Beamtenposten beworben, doch auch da vergeblich, weil seine Bewerbungs schreiben und seine schon ziemlich bekannten Fähigkeiten den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen konnten. Nachdem seine Pläne so zuschanden gingen, setzte die Minister- und Gegenarbeit gegen den von ihm gehähten Bezirksleiter Wolff und gleichzeitig auch gegen die Verbandsleitung ein. Das war die Ursache für das Scheitern der Streberei. Herzogenrath hatte es dann fertig gebracht, durch eine äußerst vorsichtige, aber systematische Hebe auch mehrere Mitglieder gegen die Verbandsleitung und den Hauptvorstand schauf zu machen und den Keil der Zwietscherei mehrere Jahre hindurch in der Ortsgruppe immer tiefer in die Mitglieder hineinzutreiben. Als alle guten Worte und Ermahnungen keine Besserung herbeiführen konnten und die Absicht des p. Herzogenrath, den Verband zu schädigen und die Ortsgruppe zu ruinieren, immer deutlicher hervortrat, da war es nicht nur Recht, sondern Pflicht der Zentralleitung mit dieser Querstreibererei endlich reinen Tisch zu machen.

Seitdem viel zu lange hat die Zentralleitung hier Rücksicht geübt. Im vorigen Jahre schon mußte derselbe Herzogenrath aus einer Bezirkskommission mit Berufung auf das Hausrecht vom Zentralvorsitzenden Wieber hinausgewiesen werden, weil er die schwerwiegendsten dabei direkt unehrenhaften Vorwürfe gegen Verbandsbeamte erhob, für die er nicht den Schatten eines Beweises hervorbringen konnte, die Anschuldigungen aber auch nicht zurücknehmen wollte. Solche Fälle von Querstreiberereien, wie in Nachen, werden in jeder Organisation vorkommen u. auch in unserm Verband vielfach in Zukunft nicht ganz erspart bleiben. Dann aber wird die Zentralleitung nicht solange Rücksicht und Nachsicht walten lassen, sondern schon früher energisch zupacken und derartigen Mauerwerk unschädlich machen müssen.

Zur Kennzeichnung des p. Herzogenrath und seiner Ministerarbeit sei dann noch folgendes angeführt: p. erhebt den Vorwurf, Wieber, resp. der Zentralvorstand, hätten diktatorisch und willkürlich gehandelt. Dabei ist niemand diktatorischer und herrischer wie p. selbst den Mitgliedern gegenüber verfahren. Als zwei ordnungsgemäß gewählte Revisoren die Abrechnung auf Grund ihrer Prüfung nicht unterzeichnen wollten, da wurden sie von p. sofort ohne weiteres ihres Amtes entsetzt, später sogar eigenmächtig von ihm aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen. Dafür ernannte p. aus eigener Machtvollkommenheit sich ein paar neue, ihm genehme Revisoren.

Ferner: Einem Mitglied war vom Hauptvorstand eine Unterstüttung angewiesen, und als das betr. Mitglied mit dieser ordnungsgemäßen, schriftlichen Anweisung des Zentralvorstandes seine Unterstüttung holen wollte, wurde er von p. und seinen Trabanten höhnisch abgewiesen, weil — das betr. Mitglied eben nicht zu den Partizipanten des p. Herzogenrath gehörte.

So ist dieser Mann mit den Rechten der Mitglieder umgesprungen, so diktatorisch hat er die selbstverständlichen Rechte der Kollegen unterdrückt und hat dann noch den traurigen Mut, der Zentralleitung Diktatur und Unterdrückung der Mitgliederrechte zum Vorwurf zu machen.

Der p. Herzogenrath hat sich auch ferner über Zurücksetzung der Ortsgruppe Nachen I durch die Bezirks- und Zentralleitung beschwert, wie er es durch die sozialdemokratische Presse ja verkünden läßt. Tatsache ist, daß keine von den 36 Ortsgruppen unseres Verbandes ein solches umfangreiches Korrespondenz aufweisen kann wie Nachen I. Tatsache ist ferner, daß p. Herzogenrath, wie es von Zeugen in einer Versammlung am 12. April bekannt wurde, und vor Gericht beschworen werden kann, Schriftstücke von der Zentralleitung an den Vorstand der Ortsgruppe Nachen I nicht vorgelegt, also unterschlagen und dann gleichzeitig die Vorstandsmitglieder wegen Nichtachtung durch die Bezirksleitung aufgehetzt hat.

In derselben Versammlung am 12. April stellte p. in Abrede, unter den Mitgliedern mit den „hohen Gehältern“ der Beamten Stimmung gemacht zu haben. Darauf wurde ihm vom Kollegen G. ins Gesicht gesagt: „Noch in der erwähnten Vertrauensmännerversammlung hast Du (Herzogenrath) das getan, und wenn Du es jetzt ableugnen willst, bist Du ein Lügner. Nun gehe hin und stelle Klage.“ Das hat p. bis heute aber nicht getan, er weiß warum er den Lügner auf sich sitzen läßt.

Was Geistes Kind p. Herzogenrath ist, geht ferner daraus hervor, daß er auch in anderen Vereinen als notorischer Querstreiber bekannt ist; aus dem Nacher Ortsartikel wurde er schon vor Jahren dauernd ausgeschlossen und durfte seit der Zeit keine Sitzung mehr betreten.

Vor einigen Jahren hat p. Herzogenrath auch schon den Gedanken zur Gründung eines Lokalverbandes gehabt und zu Kollegen ausgesprochen, wie durch Zeugen bewiesen werden kann. Jetzt hat er nun endlich diesen Plan, „berwirklichen“ können. In der ersten Versammlung, zu der p. Herzogenrath seine Getreuen, den Vertreter der soziald. „M. R.“, und alles mögliche versammelt hatte, da waren

mit unsern ebenfalls erschienenen Kollegen etwa 50 Personen anwesend. Da hat er dann die große Rede für die „M. R.“ gehalten. Als dann p. Herzogenrath die organisationsfähigen und willigen Lokalquerstreiber zu einer zweiten konstituierenden Versammlung allein hatte, da waren es noch ganze 13 (geschriebene Dreizehn) Mann. Davon wurden 12 (zwölf) in den Vorstand des neuen „Deutschnationalen Metallarbeiterverbandes“ gewählt, einer blieb nur als „Biel Volf“ übrig; der wird hoffentlich von p. zum „Revisor“ der leeren Verbandskasse ernannt, sonst laur der Mann sich mit Recht von seinen Gesinnungsgenossen und dem „Verbandsvorsitzenden“ Herzogenrath als benachteiligt und beraubt betrachten. — Das sind die „Hunderte von Mitgliedern“, die nach dem Lügenartikel der sozialdem. Presse aus unserm Verbandsgebiet ausgeschlossen sind.

In diesem Artikel wird es von dem p. Herzogenrath auch so hingestellt, als ob er die Verbandskasse freiwillig herausgegeben hätte. In Wirklichkeit mußte er jedoch von der Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei dazu gezwungen werden, während vorher noch vorfichtiger Weise das vorhandene Geld polizeilich abgezählt und der Bestand festgestellt war.

Das ist der wahre Sachverhalt, wie er sich zugetragen hat. Der Verbandsleitung kann auch nicht der leiseste Vorwurf in der ganzen Angelegenheit gemacht werden, es sei denn der, daß sie viel zu lange dieser Ministerarbeit gegenüber Rücksicht geübt und an eine Besserung dieser Elemente geglaubt hat. Daß diese Leute jetzt Arm in Arm mit den Sozialdemokraten gegen uns Sturm laufen möchten, in der sozialdemokratischen Presse mit ihren Unwahrheiten und Fälschungen Unterschluß suchen, ist allein schon bescheiden genug für diese Elemente. Die ehrlich gesinnten christlichen Metallarbeiter Nachens lassen sich selbstverständlich durch solche Machinationen nicht verwirren, und erfreulicherweise ist es nur eine ganze kleine Zahl, die infolge dieser Querstreiberereien abgefallen sind. Es gehört auch sehr wenig Beweggründe eines Herzogenraths zu erkennen. Er ist mit seinem 13 Mann starken „Deutschnationalen“ Lokalverbanden doch nur dem Spott und Gelächter der ganzen Verbandsleitung verfallen, mag ihm die sozialdemokratische Presse noch so viel Handlangerdienste leisten. Um solche Freunde brauchen wir weder Vorstand noch Herzogenrath, sie sind einander würdig.

Unsere Nacher Kollegen aber werden nunmehr, da dieser Dorn im Fleisch ausgezogen ist, mit neuem Eifer in die Agitation eintreten, das ist die beste Antwort auf alle Verleumdungen und Verteilungen unserer Gegner von hien und drüben.

Gelsenkirchen. Ein unbequemer Streikbrecher! Streikbrecher sind bei manchen Arbeitgebern gern gesehene Leute. Besonders wenn irgendwelche Differenzen im Betriebe vorkommen, sucht man mit allen möglichen Mitteln derartige nützliche Elemente heranzuziehen, welcher Art diese Sorte ist, die dem ehrlichen Arbeiter bei jeder Gelegenheit in den Rücken fällt, möge aus folgendem drastischen Beispiele hervorgehen.

Am 19. März erfolgte bei der Firma Küppersbusch u. Söhne in Gelsenkirchen, wie den Kollegen aus unserm Organ bekannt ist, die Aussperrung sämtlicher Arbeiter, weil ein Teil wegen Maßregelung älterer Kollegen die Arbeit niedergelegt oder gekündigt hatte. Am 22. März meldete sich der Arbeiter E. Sch. als Arbeitswilliger. Derselbe wurde denn auch mit Freuden angenommen. Gleich nach der Annahme hat er um 30 Mark Vorschuß, welcher ihm auch ebenso freudig gewährt wurde. Als er am anderen Morgen seine erste Scheck machen wollte, wurde er, so gab er später an, von den angestellten Streikposten abgefaßt und zum Streikbureau geschleppt, um dort Streikunterstützung zu erhalten. Derselbe soll ihm dort, wiederum nach seiner Angabe, so reichlich ausgeteilt worden sein, daß er 14 Tage krank feiern mußte, wofür er von der Krankenkasse die Unterstützung erhielt.

Jetzt hat er also schon 30 Mark Vorschuß und für 14 Tage Krankengeld erhalten, ohne überhaupt gearbeitet zu haben. Am 7. April trat er endlich die Arbeit an. Derselbe wurde ihm aber gleich am ersten Tage so fauer, daß er zum Meister ging und sagte, daß er als Magazinarbeiter angenommen und auch im Magazin beschäftigt sein wollte. Der Betriebsführer, anscheinend über das Verhalten des Mannes erbost, soll nun, wiederum nach Angabe des Mannes, gesagt haben, er solle zum Teufel gehen, er habe keine Arbeit für ihn. Der Mann geht nach Hause und strengt am Gewerbegericht Klage an. Er verlangt für 14 Tage Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung. Da aber nach Angabe von Oprenzogen der Betriebsführer gesagt hatte, man solle ihn ins Magazin stecken und wenn er garnichts tue, mußte die Klage abgewiesen werden.

Nunmehr will Sch. sich andere, ihm besser zusagende Arbeit suchen, kann aber keine finden. Auf's neue strengt der Mann Klage am Gewerbegericht an, und verlangt für 14 Tage Lohn im Betrage von 61 M., weil die Firma Küppersbusch ihm keinen Entlassungsschein ausgestellt habe. Bei der Verhandlung berief sich der Vertreter der Firma darauf, daß es nicht Sitte sei, bei einem Tage Arbeit eine Bescheinigung auszustellen, auch kein Arbeiter eine solche verlange. Das Gewerbegericht wies ihn auch mit dieser Klage ab.

Ein Moment, der ein interessantes Licht auf diese Leute wirft und der zeigt, daß solche Arbeiter ohne Mannesstolz und Standeshochgefühl sich nur aufs Wüten und Flehen legen, brachte diese Verhandlung noch zu Tage. Der Vertreter der Firma führte nämlich folgendes aus: „Am nämlichen Tage, als die letzte Klage vom Gewerbegericht bei der Firma eintraf, nur eine halbe Stunde früher, traf auch ein Besuch des Mannes ein, worin er auf's neue um Unterstützung bat, wegen Krankheit in der Familie. Als Antwort war schon ein Brief fertig, worin er um Einweisung ärztlicher Atteste ersucht wurde, als die Klage vom Gewerbegericht eintraf. Nunmehr wanderte das Unterstützungsgeld in den Papierkorb.“ Also 30 Mark Vorschuß! 14 Tage Krankengeld! 2 Klagen am Gewerbegericht und noch ein Unterstützungsgeld, dabei einen ganzen Tag gearbeitet. Zweifellos wäre die Unterstützung auch noch bewilligt worden, wenn die letzte Klage vom Gewerbegericht etwas später eingetroffen wäre.

Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß dies ein der Firma Küppersbusch u. Söhne recht unbequemer Streik-

Kremer war. Wetter sagt man, daß Arbeitgeber viel eher bereit sind, Tausende von Mark an die größten Forderungen...

Sellbrunn a. M. Am 9. Mai hielt unsere Ortsgruppe in dem benachbarten Hotel... eine nicht gerade gut besuchte Agitationsversammlung ab.

Metzstadt, eine aufstrebende Industriestadt, mit vorwiegend christlich denkender Bevölkerung, darf nicht über die Herrschaft der Sozialdemokratie...

Karlsruhe. Leider war die letzte außerordentliche Mitgliederversammlung nicht so besucht, wie es bei der Wichtigkeit der Tagesordnung notwendig gewesen wäre.

Ganz besonders hat es unser Bezirk zunächst nach dieser Seite hin notwendig, hieran mitzuwirken. Sind doch die Ortsgruppen des Bezirks im Jahre 1907 höher gewesen...

Von den anderen Bezirken und Verbandsmitgliedern könne man gerechterweise nicht verlangen, daß sie für die Mehrkosten, die in unserm Bezirk entstehen, aufkommen.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Prinzip für eine Beitragserhöhung aus. Nur über die mögliche, augenblickliche Durchführung wurden angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage...

Sobald diese Verhältnisse sich besserten, würden sie rückhaltlos einer Erhöhung auf 70 Pfg. pro Woche zustimmen. Nach dreistündiger Beratung wurde dann folgendes beschlossen.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung an die Kollegen, in diesem Sinne unter den abwesenden Kollegen aufklärend und ermunternd zu wirken.

Nunmehr darf aber die Agitation nicht abflauen, im Gegenteil müssen alle Kollegen ohne Ausnahme mit aller Kraft in die Frühjahrsagitation eintreten...

Edigheim. Endlich, nach einigen Wochen findet man im sozialdemokratischen Lager die Sprache wieder und sucht in Nr. 18 der „Metallarbeiter-Zeitung“ unter Edigheim...

Wisse, wer dieses Plakat abgerissen hätte, auch hätte er niemand in Bezug auf diese Handlungsweise zur Rede gestellt. Als das Plakat abgerissen war, gingen auch wir der Sache auf den Grund und was wir erfuhren, ist im christlichen Metallarbeiter-Organ zu lesen...

Mögen die Genossen aber nur so weiter lügen und schwärzeln, ihrer Sache wird es wohl wenig helfen, ebenso wenig, wie das Vorgehen an einem toten Gegenstand...

Ober. Am Sonntag, den 10. Mai, fand hier unsere Monatsversammlung statt, die äußerst zahlreich besucht war. Nachdem das Andenken des verstorbenen Kollegen Dieberich durch Erheben von den Eigen gelehrt worden...

Dann referierte Kollege Buchner über „Die Kulturaufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung“. Der Referent führte aus, daß, als er am 8. März in Thale a. S. über dasselbe Thema gesprochen...

Es wurden dann die eingereichten Forderungen nochmals besprochen, ebenso gab Kollege Buchner Winke für die Ausfüllung der Fragebogen, die die Unterlage zu statistischen Material geben sollen...

Amberg. Um die eigene Blamage zu verdecken, leisten sich die Amberger Genossen in Nr. 19 der sozialdem. Metallarbeiterzeitung eine die Tatsachen auf den Kopf stellende Berichterstattung. In erster Linie weiß jeder Arbeiter in Amberg, daß nicht der christliche Metallarbeiterverband...

Kall. Am Sonntag, den 26. April fand in Kall, der äußersten Sektion unserer Ortsverwaltung, die Generalversammlung für das erste Quartal 1908, statt.

Der Kassierer, Kollege Fischer, erstattete sodann den Geschäfts- und Kassenbericht, woraus sich eine erfreuliche Steigerung unserer Finanzen ergab.

Nunmehr nahm Kollege Siegel das Wort zum Tätigkeitsbericht. Auch dieser konnte im allgemeinen befriedigen. In 23 Mitglieder-Versammlungen wurden zum großen Teil Vorträge von den Kollegen selbst gehalten...

Werte Humboldt. Die erste und große Bewegung wurde dank dem geschlossenen Vorgehen sämtlicher Organisationen mit vollem Erfolg für uns beendet; die drei kleineren ergaben einen teilweisen Erfolg.

Trotz der schlechten Geschäftslage und der überaus schwierigen Situation im hiesigen Gebiet konnten wir eine Zunahme von 33 Mitgliedern feststellen, wovon eine Anzahl aus andern Verbänden zu uns übergetreten sind.

Darauf nahm Kollege Döring das Wort. In längeren Ausführungen schilderte er uns die gegenwärtige Lage der Gewerkschaftsbewegung gegenüber dem Unternehmertum...

Der zweite Vorsitzende, Kollege Werner, sprach sich daran anschließend, ebenfalls wie alle andern Diskussionsredner dahin aus, daß man die Beitragserhöhung in aller nächster Zeit vornehmen müsse.

Sterbetafel.

Amberg. Am 14. Mai starb unser Gründungsmitglied, Kollege Joseph Dreufel, Fabrikarbeiter in Folge eines langjährigen Lungenleidens im Alter von 50 Jahren.

Mülheim a. Rhein. Am 19. Mai 1908 starb unser Kollege Martin Hoffmann im Alter von 59 Jahren infolge eines Herzschlages.

Ehre ihrem Andenken!

Agitationsbezirk Mitteldeutschland.

Am 31. Mai findet unsere Frühjahrs-Bezirkskonferenz in Goslar im „Hotel zum Römischen Kaiser“ statt. Die Konferenz, an welcher unser Verbandsvorsitzender Kollege Lieber teilnehmen wird...

Bezirk Schlesien.

An die Wahlstellenverhältnisse des schlesischen Bezirkes: Am 4. Juni wird der Kollege Schümmer aus dem Verbandsrat entlassen werden und sofort die Leitung des schlesischen Bezirkes übernehmen.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

Bunke. Samstag, den 30. Mai abends 8 Uhr bei Melchebe Versammlung.

Dormund. Nächste Mitgliederversammlung Samstag den 30. Mai, abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.

Dortmund. (Kleingewerbe.) Mittwoch, den 3. Juni, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung.

Düren. Sonntag, den 31. Mai, vormittags 11 Uhr bei Koll in Röllsdorf Generalversammlung.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 31. Mai, nachmittags 5 Uhr bei Brüutigam Versammlung.

Duisburg-Rheinhausen. Sonntag, den 31. Mai, nachmittags 4 Uhr bei Gies, Friemersheimerstraße Versammlung.

Eisenach. Am 6. Juni Mitgliederversammlung im Vereinshaus.

Geislingen. Nächste Versammlung am 12. Juni im Vereinslokal.

Hessen-Votrop. Samstag, den 30. Mai, abends 8 Uhr Versammlung. Referent Kollege Leupke-Eisen. Vertretungslokal Trogemann.

Offen. (Schlosser und Schmiede. Kleingewerbe.) Samstag, den 30. Mai, abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße.

Offen. (Kleingewerbe.) Sonntag, den 31. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.

Offen-Polsterhausen. Sonntag, den 31. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale Buchner, Gobeisenstraße.

Offen-Nord-Ost. Sonntag, den 31. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung im Lokale „Eiskeller“, Beußstraße.

Offen-Steck. Sonntag, den 31. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung im Lokale König, Chauffeestraße.

Offen-Teiswig. Sonntag, den 31. Mai, nachmittags 5 Uhr Versammlung im Lokale Hoffstätter, Stenust.

Selkenkirchen. (Kleingewerbe.) Freitag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Ditzel Versammlung.

Münster. Sektion der Schmiede. Sonntag, den 31. Mai, vormittags 10 Uhr Versammlung im Kollergarten, Schwantalerstr. 18.

Rebiger. Nächste Versammlung am Samstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei Joh. Espe, Wilhelmstraße. Vortrag eines auswärtigen Redners.

Reiningen. Sonntag, den 31. Mai, nachmittags 3 Uhr Versammlung im Lokale zum Lirich.

Osabrück. Sonntag, den 31. Mai, morgens 11 Uhr Bezirksjahrs-Versammlung im Vereinslokal.